No. 859. Sonnabend, den 16. März. 1861.

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags.
Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Insertionsgebühr 1 Sgr. pro Petitzeile oder deren Raum.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Hübner; in Altona: Haasenstein u. Vogler; in Hamburg: J. Türkheim.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Organ für West- und Ostpreußen.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem bisherigen Consistorial-Rath, Hofprediger Thielen, den Titel eines Ober-Consistorial-Raths zu verleihen, und

die Wahl des Dr. Beisert zum Director des Gymnasiums in Bunzlau zu bestätigen.

Am Gymnasium zu Görlitz ist dem ordentlichen Lehrer Dr. Liebig das Prädicat „Oberlehrer" beigelegt, und

der Kreis-Thierarzt Schwaneberger zu Nimptsch, Regierungsbezirks Breslau, in gleicher Eigenschaft in den Kreis Ratibor, Regierungsbezirks Oppeln, versetzt worden.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 11 Uhr Vormittags.

Breslau, 16. März. Der „Schlesischen Zeitung" wird heute aus Warschau mitgetheilt, daß das Kaiserliche Rescript dort den niederschlagendsten Eindruck hervorgebracht habe. Die Bürgerdelegation hat beschlossen, ihr Mandat in die Hände des Volkes niederzulegen, den Statthalter um Constituirung einer neuen Delegation durch allgemeine Wahlen zu ersuchen und demselben ein Memorandum über die Landesbedürfnisse einzureichen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Von der polnischen Grenze, 15. März. In Warschau spricht man in sonst wohl unterrichteten Kreisen von der Entlassung des Mitgliedes der obersten Censurbehörde, Geheimen Raths Mukhanoff in Petersburg. Diese Nachricht hat sehr günstig gewirkt.

Wien, 15. März. Das Abendblatt des „Wanderer" enthält ein Telegramm aus Pesth von heute Mittag. Nach demselben herrschte dort trotz böswilliger Aufreizungsversuche große Ruhe. Die Jugend selbst war vermittelnd aufgetreten und hatte die heutige Demonstration gemißbilligt. Seit gestern sind alle Polizeiwachtposten eingezogen worden; der Polizeiwachtdienst wird durch die städtische Wachtmannschaft besorgt.

Pesth, 15. März. Der „Magyarország" enthält eine Wiener Correspondenz, nach welcher das Elaborat der Judex-Curial-Conferenz von der in der kommenden Woche zusammentretenden Septemviraltafel als bindendes Gerichtsprovisorium proclamirt werden wird, bis durch den Landtag definitive Bestimmungen getroffen sein werden.

Turin, 14. März. (H. N.) Die Deputirtenkammer hat das Gesetz in Betreff der Proclamirung Victor Emanuel's als König von Italien mit Einstimmigkeit angenommen.

— Die Citadelle von Messina hat sich nach viertägigem, sehr lebhaften Feuer auf Gnade und Ungnade ergeben.

Paris, 14. März. (H. N.) Die syrische Conferenz wird am nächsten Dienstag zusammen treten. Eine Verlängerung der französischen Besetzung Syriens auf 3 Monate gilt für wahrscheinlich. Mittlerweile wird die europäische Commission in Syrien an der Consolidirung der dortigen Zustände arbeiten.

Tannhäuser hat gestern Fiasko gemacht. Niemann in der Titelrolle war gut.

Turin, 13. März. (K. Z.) In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer brachte der Minister des Innern den die Organisation des Königreichs betreffenden Gesetzentwurf ein, und derselbe erfuhr von Seiten der Versammlung eine günstige Aufnahme. Graf Cavour verkündete die Uebergabe der Citadelle von Messina. Die Kammer votirte hierauf einstimmig dem italienischen Heere und der Flotte ihren Dank.

Unser Staatshaushalt.

Das Staatsinstitut ist im Laufe des letzten Jahrzehents immer kostspieliger geworden. Ob es entsprechend an Werth für die Staatsbürger in allen Theilen geworden, wollen wir heute nicht untersuchen. Nach allen Regeln der Wirthschaft ist dies das Geringste, was wir in diesem Fall zu fordern berechtigt wären. Nach den Gesetzen des stetig sich mehrenden wirthschaftlichen Fortschritts müßte der Werth verhältnißmäßig größer als der Preis geworden sein.

Von 1850 bis 1860 hat die Bevölkerung Preußens etwa um 800,000 Köpfe zugenommen, also ca. um 5 pCt. Das Gesammteinkommen des Staats ist von 91,338 448 Thlr. im Jahr 1850 auf 130,615 255 Thlr. im Jahr 1860 gesteigert, d. h. von $5\frac{1}{2}$ Thlr. auf $7\frac{1}{2}$ Thlr. pro Kopf der Bevölkerung, oder im Verhältniß von 100 : 142. Die laufenden, sogenannten ordentlichen Staatsausgaben sind von 90,974,393 Thlr. für 1850 auf 124 874 378 Thlr. für 1860 gestiegen, also im Verhältniß von 100 : 137. Die Summe der jährlichen außerordentlichen Ausgaben hat sich ebenfalls bedeutend vermehrt, wenn auch, jedoch ohne Berücksichtigung des außerordentlichen Bedarfs für die neue Militair-Organisation, in dieser Rubrik für 1860 nur 850,000 Thlr. mehr ausgeworfen sind, als für 1850. Bis zum Jahre 1855 finden wir jährlich beträchtliche Deficits im Etat. Mit dem Jahre 1856 sind sie nicht nur ausgeglichen, sondern die jährlichen Staatseinnahmen gewährten seitdem beträchtliche Ueberschüsse, die zum größern Theil die neuen Militairbedürfnisse wieder absorbirt haben oder zu absorbiren im Begriff sind.

Die Vermehrung des Staatseinkommens in dem vergangenen Jahrzehnt ist aber nicht allein eine Folge gesteigerten Wohlstandes und der Bevölkerungszunahme, sondern zum Theil durch Erhöhung der bestehenden und Einführung neuer Steuern zu Wege gebracht. Erhöht wurden die Branntwein- und Zuckerrübensteuer, neu eingeführt die classifizirte Einkommensteuer, die Stempelsteuer für trockne Wechsel und Zeitschriften, die Eisenbahnabgabe und die Gewerbesteuer für Actiengesellschaften. Außerdem kommen noch die außerordentlichen Zuschläge von 25 pCt. zur Mahl- und Schlachtsteuer, zur Klassen- und classifizirten Einkommensteuer in Betracht.

Wenn wir den wirklichen Zuwachs des Steuervermögens der Staatsbürger constatiren wollen, so giebt uns die bestehende Steuerverfassung allerdings leider nur wenig feste Anknüpfungspunkte, weil ihr jegliche Einheit, daher jede klare Uebersichtlichkeit fehlt. Doch die wenigen zeigen zur Genüge, daß die Steuerkraft des Landes nicht im Verhältniß zu den Ansprüchen des Staatshaushalts zugenommen hat. Die Einnahmen aus sämmtlichen indirecten Steuern sind festgestellt, im Jahre 1850 auf 29,171,924 Thaler, im Jahre 1860 auf 35,383 146 Thlr., sie sind also im Verlauf des Jahrzehnts nur gestiegen im Verhältniß 100 : 121, und dabei befinden sich unter ihnen die erhöhte Rüben-, Branntwein- und Stempelsteuer, auch die Zuschläge zur Mahl- und Schlachtsteuer pro 1860. Der Ertrag der Gewerbesteuer findet sich im Etat für 1850 mit 2,580,814 Thlr. angegeben, im Jahr 1860 mit 3,285,000 Thlr., vermehrte sich also nur im Verhältniß von 100 : 127, obgleich seit 1857 noch die Actiengesellschaften zu der Steuer herangezogen sind. Die Einnahme aus der Klassensteuer hat sich von 7,632,126 Thlr. im Jahr 1850 auf 9,022,000 Thlr. im Jahr 1860 erhöht, also nur im Verhältniß von 100 : 118, wobei jedoch ihre Umgestaltung seit 1852 zu berücksichtigen. Diese Zahlen fordern bei der Entscheidung über eine fernerweite Anspannung der Steuerkraft des Landes eine sehr ernste Berücksichtigung. Eine andere Erscheinung verlangt aber eine genaue Untersuchung unseres ganzen Staatshaushaltssystems. Das ist die gewaltige Vermehrung der im 2. Theil des Staatshaushaltsetats aufgeführten sogenannten Betriebskosten, die Kosten der Beschaffung der Einnahmen, welche die im dritten Theil aufgeführten eigentlichen Staatsausgaben zu decken haben. Im Jahr 1850 betrugen dieselben bei einer Gesammteinnahme von 91,338,448 Thlrn. in Summa 23 178,998 Thlr. oder $\frac{1}{4}$ derselben, im Jahr 1860 bei einer Einnahme von 130,615,255 Thlrn. 40,381,078 Thlr. oder etwas weniger als $\frac{1}{3}$; d. h. sie vermehrten sich innerhalb des Jahrzehnts im Verhältniß von 100 : 170, während die Nettoeinnahmen, also diejenigen, welche dem eigentlichen Staatsbedürfniß zu dienen haben, nur im Verhältniß von 100 : 132 stiegen. Unter jenen Betriebskosten mögen noch manche Ausgaben verrechnet sein, die zu den eigentlichen Staatsausgaben zu zählen wären. Bei der Complizirtheit dieses Theils des Staatshaushalts-Etats, der den Nachweis über all die Gewerbe, welche für Staatsrechnung getrieben werden, enthält und bei dem Mangel an Klarheit in den Einzelheiten kann man ihn schwer übersehen, viel weniger noch im Einzelnen beurtheilen. Jedenfalls wäre eine Aufklärung über denselben sehr heilsam, sie würde sicher eine Unwirthschaftlichkeit an den Tag legen, die wir im Interesse des Staatshaushalts und der Besteuerung bald beseitigt zu sehen wünschen müssen. Der Staat ist an sich der ungeeignetste und anerkannt der kostspieligste Gewerbtreibende. Daher sollte er sich so schnell wie möglich von all den Unternehmungen zurückziehen, die aufzugeben für ihn nur eine Wohlthat wären. Dazu gehört der Bergbau und Hüttenbetrieb, die Porzellan- und Gesundheitsgeschirr-Manufactur u. s. w. Dann ist weiter in Erwägung zu ziehen, in wie fern es für dienlich zu erachten, auch die übrigen, namentlich die Transport- und Verkehrsgewerbe ganz der Privat-Industrie zu überlassen.

Wir haben nur einige flüchtige Blicke auf unsern Staatshaushalt im Allgemeinen geworfen. Spätern Untersuchungen bleibt es vorbehalten, die Entwickelung der wirthschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Ressorts näher ins Auge zu fassen, namentlich wie ihre besonderen Ansprüche sich zu der Leistungsfähigkeit der Staatsbürger und zu den nothwendigen Bedürfnissen des Staats ins Gesammt verhalten.

Landtags-Verhandlungen.

15. Sitzung des Herren-Hauses am 15. März.

Am Ministertische: Herr v. Patow. Präsident: Prinz zu Hohenlohe. Fortsetzung der Discussion über den Graf v. Arnim'schen Antrag wegen Einführung einer erhöhten Einkommensteuer vom fundirten Einkommen. Herr Camphausen (Köln). Das Ministerium habe im Januar Vorlagen über die Grundsteuer gemacht, und in diesem Hause sei nun ein Antrag gestellt, die Vorlage der Regierung zu beseitigen. Die Initiative zu Gesetzentwürfen überhaupt stehe zwar beiden Häusern zu, Finanzgesetzentwürfe aber nur dem Hause der Abgeordneten. Vor Allem sei nun als thatsächlich festzuhalten, daß der Antrag gegen die Vorlage wegen der Grundsteuer gerichtet sei und daß eben dadurch zu dieser Vorlage der Antrag sich in ein gleiches Verhältniß stelle, weil auch er die Bedürfnisse der Militärverwaltung befriedigen wolle. Daß die Mehr-Einnahme nach der Vorlage erst 1865 eintrete, sei zu beklagen und noch mehr, daß sie nicht schon längst flüssig sei. Ein Friedensstand bestehe nicht; die Nothwendigkeit der Kriegsbereitschaft werde vielmehr noch längere Zeit fortbestehen, so daß es sich nicht nur bis 1865 oder 66 um erhöhte Finanzeinnahmen handeln werde, wie der Antrag dies voraussetze. Der Conflict zwischen beiden Häusern, deren Eines eine dauernde Steuer schon bewilligt, während das andere Haus eine temporäre Steuer beschließen wolle, werde wohl vergebens auf Ausgleichung zu rechnen haben. In Preußen sei es ein absolutes Erforderniß, durch dauernde und gerecht auferlegte Steuern den Staatshaushaltsetat sicher zu stellen und auch aus diesem Grunde empfehle sich der Antrag nicht. In jedem Lande werden Vorlagen ein- auch mehrmal vor die gesetzgebenden Körper treten, aber es komme auch vor, daß solche Vorlagen mit erhöhter Dringlichkeit auftreten, wie es in England die wegen der Katholiken-Emancipation waren. Es sei zu behaupten, daß die Vorlage der Regierung über die Grundsteuer eine eben so dringliche sei. Wenn man bedenke, welche Kämpfe die Reformfrage in England zur Folge gehabt habe, so sei doch dies Haus zu warnen, sich nicht mit der Hoffnung auf gleiche Kämpfe in der vorliegenden Frage zu schmeicheln. Möchte man sich lebhaft erinnern, daß es sich mit der Zustimmung zur Regierungs-Vorlage um eine patriotische That handle und möchte das Haus mit der Ablehnung des Arnim'schen Antrages sich ein dauerndes Denkmal im Lande setzen. (Lebhaftes Bravo!) (Se. K. H. Prinz Friedrich Karl ist eingetreten.)

Hr. v. Kleist-Retzow. Der Hr. Finanz-Minister habe zum dritten Male Vorlagen über die Grundsteuer gebracht, welche von der Wissenschaft und der Wirklichkeit, wo derartige Steuern bestanden, verurtheilt wären. Der Hr. Finanz-Min. habe erklärt, daß etwaige Mehr-Einnahmen zu den steigenden Bedürfnissen des Landes zu verwenden seien. Aber die Heeresorganisation sei ein solches nothwendig steigendes Bedürfniß, warum würden also nicht etwaige Mehreinnahmen für das Militairbedürfniß verwendet? — Dennoch verlange die Regierung neue dauernde Steuern und dieser Forderung gegenüber sei der Antrag auf eine temporäre Steuer um so gerechtfertigter, als ja die Staats-Einnahmen in einigen Jahren sich nicht unerheblich gesteigert haben, und die neue Steuer unnöthig machen würde. Der Redner glaubt, mit gutem Grunde mit seinen Freunden gegen die Grundsteuer, aber auch

---

Stadt-Theater.

Trotz gefährlicher Concurrenz des Künstlerfestes hatte die gestern für Frl. Genée stattfindende Benefizvorstellung das Theater in allen Räumen gefüllt. Diese große Theilnahme galt ebensowohl der Person der Benefiziatin wie auch dem überaus anziehenden Programme des Theaterzettels. Ein kleines Lustspiel „Ein ungeschliffener Diamant" von A. Bergen eröffnete den Abend. Die Logik in dem kleinen Stückchen ist nicht eben sehr groß, die Situation nicht neu, aber es läßt sich immerhin ansehen und gab besonders der gastirenden Künstlerin Gelegenheit, sich als ein in das Treibhaus der höheren Civilisation verpflanztes Schwabenmädchen zu produziren. Das Stück ging auch in der übrigen Darstellung leidlich gut von statten.

Das Hauptstück des Abends „Prinz Lieschen" von Heiderich behandelt auch gerade keine neue Idee, aber sie ist so originell und mit so selbstständiger Schöpfungskraft durchgeführt, daß wir die Posse als eine der besten bezeichnen können, welche in den letzten Decennien auf der Bühne erschienen sind. Die Idee des „verwunschenen Prinzen", die ja auch schon bei Shakespeare vorkommt, läßt überdies eine so mannigfaltige Behandlung zu und bietet ein so reiches Feld für eine detaillirte Ausführung, daß wir uns freuen können, wenn wenigstens ein frisches kräftiges Talent aus der Arbeit zu erkennen ist. Und dies ist bei „Prinz Lieschen" der Fall. Gleich die Exposition nimmt für das Werk ein. Aus dem prinzlichen Personal, in welchem der Prinz und die Prinzessin sich in einer ansprechenden Neckerei gegenüberstehen, werden wir in die Hütte eines Webers geführt. Mit wenigen sichern Zügen ist hier ein allerliebstes Genrebild gegeben. Namentlich ist der Schluß dieses Actes wirklich poetisch gedacht und machte bei der gemüthvollen und dabei so frischen Darstellung des Frl. Genée einen tiefen Eindruck.

Die hiernach auftretende hochkomische Gestalt des Oberfischmeisters, den Herr Bartsch mit vortrefflicher Laune und Characteristik darstellte, bildet den eigentlichen Hebel des Stückes. Die Trinkscene zwischen ihm und Lieschen war von beiden Darstellern ebenso decent als höchst wirksam dargestellt und der Hervorruf hiernach ein gerechtfertigter.

Ein besonderer Vorzug des Stückes ist der sorgfältig behandelte, glatte Dialog, der viele schlagende Witze enthält und dabei auf die Gemeinheit, welche in den neuern Possen nur allzu häufig anzutreffen ist, durchaus Verzicht leistet. Fast schien es uns, als ob das Publikum anfänglich nur ungern diese gewohnten Surrogate entbehrte, aber das Gute brachte sich doch im Verlaufe zur verdienten Anerkennung. Außer den Hauptdarstellern, Frl. Genée und Herrn Bartsch, sind noch lobend zu nennen die Herren Thomas und Lipski. Frl. Heuser, welche durch ihre Erscheinung stets zu fesseln weiß, muß wiederholt ermahnt werden, sich einer deutlichern Aussprache zu befleißigen.

Höchst ergötzlich war der am Schlusse des Stückes eingelegte von Hrn. Rudolph Genée arrangirte Maskenzug. Die Welt im Großen wie im Kleinen, die Napoleoniden und die Orphausfliegen und Frösche, das widerspänstige Herrenhaus und der Unterthan des Abgeordnetenhauses, der kranke Mann und eine glückliche Lösung der deutschen Frage, Victor Emanuel, Garibaldi, die Vorbauten und „die Waiz" wandelten Alles in buntem Gemisch über die Bretter. Die Künstler, welche, Frau Dibbern an der Spitze, mit anerkennenswerther Bereitwilligkeit die Darstellung des Scherzes übernommen hatten, ernteten reichen wohlverdienten Beifall und am Schlusse wurde auch der witzige Erfinder gerufen, der an der Hand seiner Schwester erschien. Letztere wird, wie wir hören, dem durch den allgemeinen Ruf „Hierbleiben" ausgesprochenen Wunsche des Publikums insoweit entsprechen, daß sie noch einige Gastdarstellungen giebt.

gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer um 25 Proc. stimmen zu müssen. Es sei überhaupt mit aller Kraft gegen eine Vermehrung der direkten Steuern zu kämpfen, also auch gegen die Grundsteuer. Der Grundbesitzer zahle schon 3 Procent von einem Ertrage seines Besitzes und nun wolle man ihn noch mit 8 Procent belasten. Keine andere Betriebsamkeit werde so stark besteuert, namentlich jedes andere Kapital nur mit 3 Procent. Ein guter Theil der englischen Freiheit beruhe darauf, daß nicht neue Grundsteuern eingeführt, bestehende nicht erhöht würden. Das Herrenhaus habe die Aufgabe, das alte Preußen gegen verderbliche Neuerungen zu schützen. Sehr erhebliche Gründe sprächen dagegen, den Erfolg der umsichtigen Thätigkeit zu besteuern, oder in der Besteuerung derartig zu erhöhen, daß die Steuer um so mehr zur Last werden müsse, je weniger das Kapital belästigt werde. Der gestellte Antrag wolle nicht blos den Ertrag der Arbeit, sondern auch das Kapital zur Steuer heranziehen, und dem sollte das Haus doch beistimmen. Würden alle pflichtigen Kapitalien zur Steuer herangezogen, oder könnte man dem Finanzminister dazu behilflich sein, man würde ihm gewiß eine Einnahme von 12 Mill. Thlr. verschaffen. Die Ausführung einer ergiebigeren Heranziehung des Kapitals sei unzweifelhaft und biete nur erheblichere Schwierigkeiten, soweit es im Handel angelegt sei. Betrachte man hierneben den Druck, die Ungerechtigkeit, die mit der von der Reg. beantragten Steuer auch den kleinsten Häusler treffe, dann möchte es klar sein, wohin man sich mit seinen Urtheilen über drr Steuer-Anträge zu wenden habe. Die ungeheure Ansammlung des Kapitales in den Städten beweise die größere Schwierigkeit der Besteuerung des Grundbesitzes, bes. des ländlichen. Der Redner führt nun eine Menge von Zahlen an, welche Summen das Staatseinkommen vertreten, die in näherer und fernerer Beziehung zum Grund und Boden stehen. Es sei nun dem Herrn Finanzminister noch nicht zuzumuthen, schon jetzt sich mit dem Antrage des Gr. Arnim zu befreunden, aber es sei anzunehmen, daß dieser Zeitpunkt ein nicht zu ferner sei. Gehe die Grundsteuer nicht durch, dann werde auch das andere Haus dem Antrage nicht mehr feindlich gegenüberstehen Bedenke man nun noch, daß die von der Reg. verlangte Häusersteuer die Contingentirung dieser Steuer und der Grundsteuer ungeheuer erschwere. Betreffend die in Aussicht gestellte Grundsteuer-Ausgleichung, so werde sie jedenfalls in verschiedenen Provinzen sehr verschiedene Folgen, z. B. in Westphalen eine Erhöhung der Grundsteuer zur Folge haben. Setze man sich gegenüber dem dringenden Militairbedürfniß über kleinliches Interesse hinweg, dann werde man sich für den Antrag des Gr. Arnim entscheiden. (Se. K. H. d. Krronprinz erscheint in der Hofloge.

Der Herr Finanzminister. Wenn der Vorredner behaupter, daß die Wissenschaft die Grundsteuer im Ganzen verurtheile, so sei vielmehr das Gegentheil der Fall und bezüglich der Praxis, so gebe es kaum Staaten ohne Grundsteuer. Wenn der Vorredner Kosten und Zeitaufwand zur Einschätzung für die Grundsteuer bedeutend höher, als die Regierung veranschlage, so stehe das in seinem Belieben, aber die Richtigkeit seiner Angaben werde er wohl nicht zu erweisen vermögen. Wenn für die Staatsbedürfnisse auch in nächster Zeit Bedacht genommen sei, so handle es sich um Vorbedacht auch für die Zukunft, und das geschehe durch die Vorlage, die freilich zu ihrer Ausführung einiger Jahre bedürfe und zwar jetzt, wie zu jeder andern Zeit. (Die Herren v. Rohn, v. Auerswald, v. d. Heydt und Graf v. Schwerin sind eingetreten.)

Der Herr Minister der Landwirthschaft bemerkt, daß die Landwirthschaft keine Ferien mache, sondern allseitig bestrebt sei, ihre Ertragsfähigkeit zu erhöhen und dadurch den höheren Ansprüchen das Staats entsprechen zu können. Herr Hasselbach sucht aus dem Arnim'schen Antrage nachzuweisen, daß nach diesem der Regierung nicht ein Heller mehr gebilligt werden solle, als die Grundsteuer in Aussicht stelle und das sei jedenfalls bezeichnend. Man besorge Kapitalsverminderung für den Grundbesitz aus der Grundsteuer, diese Verminderung werde aber nicht Folge der Grundsteuer, sondern der dauernden Weigerung gegen sie sein. Vor Allem sei aber zu betonen, daß die Ausgleichung der Grundsteuer eine größere Einheit des Vaterlandes fördern werde und es sei schon sehr richtig angeführt, daß ihre Forderung immer wiederkehren werde. Herr v. Kleist spreche von der Einschätzung zur Einkommensteuer, als ob sie ein Spielwerk sei, er bezeuge aber damit, daß er sie gar nicht kenne. Obwohl die Einkommenst. schon 10 Jahre bestehe, so sei doch noch heut die Einschätzung so mangelhaft, wie vor 10 Jahren. Es sei z. B. aus der Heimatsgegend des Redners bekannt, daß ländliche Grundbesitzer ohne jeden Zwang darum ihren Grundbesitz verschulden, um möglichst geringe Einkommensteuer zu zahlen. Auch liege nach der Instruction zur Abschätzung der Einkommensteuer weder das Recht noch die Pflicht vor, eine nähere Einsicht in die Vermögensverhältnisse der Pflichtigen nehmen zu können. Wolle man das inländische Kapital nach dem Antrage in Anspruch nehmen, nun, so werde das ganz gewiß ins Ausland wandern und diese Gefahr sei am bedenklichsten für den ländlichen Grundbesitz. Der Antrag sei kaum ausführbar in den Städten und wäre er es, würde er jedenfalls die hochbelasteten größeren Städte sehr ungerecht behandeln, während der große ländliche Grundbesitz am besten wegkäme. Der Antragsteller habe auch auf höhere Tabacksteuer hingewiesen, aber diese Frage habe schon vor einigen Jahren eine Erledigung gefunden. Man dürfe der Weisheit Sr. Maj. vertrauen, daß, werde der Antrag auch vom Hause angenommen, die Regierung ihn nie zu einem Gesetzentwurfe gestalten werde. Aber sollten auch andere Herren, und unter ihnen der Antragsteller, die Ministerplätze einnehmen, es stehe ihm, dem Redner, wankellos fest, auch er werde je länger umsomehr von der Unausführbarkeit seines Antrages sich überzeugen. Mit welchem Grunde man die Grundsteuer und ihre Ausgleichung als revolutionär bezeichne, sei ihm, dem Redner, gleichgültig, aber eine Steuer, mehr taxatorisch und mehr lästig für die Städte, als die nach dem Antrage, könne es kaum geben. Das Haus habe früher bei einer Vorlage über die Gebäudesteuer gerecht entschieden, wolle es auch in der vorliegenden Frage nur volle Gerechtigkeit üben. (Lebhaftes Bravo! links. Der Minister-Präsident Fürst zu Hohenzollern ist während vorstehender Rede eingetreten.)

Hr. Graf v. Hoverden spricht gegen die Regierungsvorlage. Er hebt hervor, daß die Grundsteuer-Ausgleichung eine dauernde Commission nöthig machen werde als ein Gespenst, ähnlich der General-Commission. (Heiterkeit.)

Hr. Frhr. v. Diergardt glaubt nach dem sehr vollständigen Vortrage des Hrn. Camphausen (Cöln) sich kurz fassen zu können. Bei Uebernahme der Rheinprovinz 1815 von Preußen, habe Friedrich Wilhelm III. proclamirt, daß keine neue Steuer eingeführt werden solle, bis die Grundsteuer regulirt sei. Zu welchem Ertrage die Grundsteuer in Preußen fähig sei, das ergebe Frankreich, welches etwa 130 Mill. Thlr. Grundsteuer zahle, wonach Preußen ungefähr 60 Mill. aufzubringen im Stande wäre. So lange aber die Grundsteuer-Regulirung nicht stattgefunden habe, werde ein Finanzminister in Preußen immer mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Er werde für die Vorlage und gegen den Antrag stimmen.

Hr. Graf v. d. Gröben-Neudörfchen erkennt dem Antrage des Grafen Arnim in sofern eine besondere Beachtung zu, als er die Mittel zur nothwendigen Militair-Reorganisation sogleich biete; er werde aber von dieser Anschauung ablassen, wenn man ihn von der zu schwierigen oder gar der unmöglichen Ausführung der Vorlage überzeuge. Unter allen Umständen halte er es aber für dringend nöthig, Preußen in jeder Beziehung stets bereit zu halten, schnell und wohl ausgestattet zum Schwerte greifen zu können.

Hr. Gr. Reventlow. Der Antrag ist gegen das Grundsteuergesetz gerichtet, nicht um es zu ergänzen, sondern um es zu beseitigen. Ich kann nicht für denselben stimmen, bin vielmehr gegen seine Form und seine Begründung. Wenn man den Grundsteuervorlagen den Vorwurf einerseits macht, daß sie erst zukünftig augenblickliche Bedürfnisse decken sollen und wenn man andererseits behauptet, die Armeereform sei in keinem Zusammenhange mit der Grundsteuer, so fallen mit letzterer Behauptung alle Gründe, welche für den Antrag und gegen die Grundsteuer vorgebracht würden. Sämmtliche Steuern haben bedeutende Erhöhungen seit Jahren erfahren und es ist billig, daß diese auch der Grundsteuer werde. In jedem gesunden Volksleben sei eine tüchtige Aristokratie nothwendig; aber diese solle nicht allein im Kriege vorangehen, sondern auch im Frieden opferwillig sein. (Lebhaftes Bravo!) Man habe erinnert, daß die Grundsteuerfrage 40 Jahre schwebe; nun, dann sei es wahrlich Zeit, durch die Regulirung ihr ein Ende zu machen. Sicher werde sie sonst immer bedenklicheres Gewicht erhalten, und das sei heut mehr als je zu verhüten, da täglich das Vaterland seiner ungestörten Kraft bedürfe. Bedenken Sie, meine Herren, daß eine gefahrdrohende Wolke immer höher und höher am Horizonte heraufsteigt. (Lebhaftes Bravo!)

Hr. Graf v. Rittberg kann dem Antrage des Grafen Arnim nicht zustimmen, der viele ländliche Grundbesitzer, besonders auch in Schlesien, sehr hart betreffen würde. Er hält dafür, daß die Grundsteuerfrage ihre Erledigung finden müsse und er hege die Hoffnung, daß diese Ueberzeugung gegenüber dem Ministerium Hohenzollern auch zureichenden Ausdruck finden werde.

Herr Dr. Stahl will nicht vom finanziellen Standpunkte aus für die Vorlage und den Antrag sprechen, aber doch müsse er vorweg erklären, daß der Antrag, an dem er Antheil habe, deshalb gestellt sei, um der Regierung für den Fall, daß ihre Vorlage die Annahme nicht finden sollte, ein möglicher Weise noch geeigneteres Mittel zu bieten zur Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse des Staats. Würden übrigens die Antragsteller davon überzeugt, daß die Grundsteuer ebenso gerecht als ausführbar sei, dann würden sie gewiß nicht an ihrem Antrage festhalten. Die vorliegende Frage sei weniger eine des Interesses, als vielmehr eine des Rechts und der Gerechtigkeit. (Bravo!) Die Grundsteuerfrage betrifft keineswegs das Interesse des großen Grundbesitzes. Ich darf dem das Zeugniß geben, daß in allen Fragen, wo das Geldinteresse ins Spiel kam, er den Geldbeutel nicht geschont habe. Hier aber handelt es sich nicht um Geld, sondern um Gerechtigkeit. Der Staat hat einen Antheil an dem Ertrage des Grund und Bodens — das ist naturgemäß, das ist richtig, gerade wie er einen Antheil an Grund und Boden selbst hat durch die Domainen. Was ich bekämpfe, ist die Nivellirung der Grundsteuer, ist, daß sich der Staat das Recht zuschreibt, in jedem Augenblicke den Antheil an dem Ertrage von Grund und Boden erhöhen zu können. Die Grundsteuer in ihrer volkswirthschaftlichen Natur ist eine Rente. Ich will auf die Grundsteuer nicht die Prinzipien der Einkommensteuer übertragen, ich bin kein Freund der Einkommensteuer. Es giebt nur zweierlei Arten gerechter Steuern, die indirecten, Gewerbesteuer u. eine gesunde Grunsteuer, die andere Art ist die Einkommensteuer. Bei der Grundsteuer hängt es nicht davon ab, wie viel das Grundeigenthum tragen kann, sondern wie viel die Grundeigenthümer tragen können. Der Reinertrag ist gleichmäßig herzustellen gar nicht möglich, und wäre es möglich, so wäre er in dem Augenblick, wo er hergestellt ist, nicht mehr wahr. Der Antrag ist gerecht, weil er die Capitalisten so gut heranzieht wie das Grundeigenthum, ist gerecht, weil er die Ungerechtigkeit der Grundsteuervorlagen beseitigt. Während die Grundsteuer nur den Boden treffe, treffe die fundirte Einkommensteuer jedes Einkommen und empfehle sich daher durch die Allgemeinheit des Steuerobjects. Obwohl nun das Herrenhaus so wenig regiere als das Haus der Abgeordneten, so habe doch jedes, also auch das Herrenhaus, das Recht, abzulehnen, was es nach seiner Ueberzeugung nicht billigen könne. Wäre der Redner Finanzminister, so würde er die Grundsteuer-Regulirung dadurch zum Ende führen, daß er sie für erledigt erklärte. (Heiterkeit.) In England habe man die Grundsteuerfrage erledigt zur Beseitigung der Spannung unter den gesetzgebenden Factoren, hier werfe man diese Frage auf, den Zwiespalt zu schaffen. (Sehr richtig, links.) Das Herrenhaus habe nicht erst Ansehen im Lande zu gewinnen, es besitze solches bei einer großen Menge im Lande.

Herr v. Senft-Pilsach. Es ist eine eigenthümliche Stellung, wenn ein Herr, vom „fremden Auslande!" herkommend, uns von preußischem Patriotismus spricht, die wir von preußischen Eltern geboren sind. (Bravo! rechts.) Wir brauchen keinen Mahnruf von Dänemark her. Ich habe so von geheimen Versammlungen gehört, in denen dieser Antrag discutirt worden ist. — (Mißbilligung). Der Präsident. Ich muß bemerken, daß geheime Versammlungen im Hause so lange, als ich die Ehre habe Präsident zu sein, nicht statthaben werden. Hr. v. Senft-Pilsach fährt fort: Wo der Reichthum des Landes stecke, sei doch wohl kein Geheimniß, hauptsächlich in den Städten. Wolle man sich überzeugen, wo der Wohlstand herrsche, so sehe man, was in den Städten auf Gebäude, Schauspielhäuser, Rathhäuser, öffentliche Promenaden verwendet werde. In den Städten werde weniger Einkommensteuer gezahlt, als auf dem Lande, weil es dort viel öfter von unabschätzbarem, hier von nachweisbarem Einkommen gezahlt werde. Die Herren, welche gegen den Antrag stimmten, nun, sie stimmten für ihr Interesse. (Oho! links.) Herr Graf Dyhrn hebt hervor, daß es in diesem Hause keine Dänen gebe und daß es Preußen zur Ehre gereiche, Männer vom meerumschlungenen Holstein und vom schönen Schwabenlande unter sich zu sehen, die Preußens Wohl erstrebten. Sie seien alle deutscher Abkunft, wenn auch nicht in Preußen geboren und es treffe daher hier das Königswort zu: „Von Fels zu Meer!" — Die Debatte wird hierauf vertagt auf morgen.

---

26. Sitzung des Abgeordneten-Hauses am 15. März

Am Ministertische befinden sich die Herren Graf Schwerin, v. d. Heydt, v. Auerswald, mehrere Regierungs-Commissarien, v. Bernuth.

Herr Schultze-Delitzsch ist eingetreten und nimmt bei der Behrend'schen Fraction Platz.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung bringt der Handelsminister folgende Gesetzentwürfe ein: 1) einen Entwurf, betreffend die Errichtung gewerblicher Anlagen. Der Entwurf beabsichtigt, in der Anzahl der conzessionspflichtigen Anlagen eine Verminderung eintreten zu lassen, und die Formen, welche der polizeilichen Genehmigung vorangehen, wesentlich zu erleichtern. Der Entwurf beabsichtigt, von der polizeilichen Genehmigung die Branntweinbrennereien, Bierbrauereien, Zuckersiedereien, Fabriken von Kartoffelstärke u. s. w. zu befreien. Hinzu treten die Anlagen zur Bereitung von Braunkohlenther; hier sind die dazu nöthigen Maschinen von der Conzession ausgeschlossen, nur die Dampfkessel bedürfen derselben. 2) In Gemeinschaft mit dem Herrn Minister des Innern einen Entwurf, betreffend die Abänderung und Bestimmung der Allgemeinen Gewerbeordnung. Die Regierung beabsichtigt, die Ausländer, welche bisher zur Errichtung gewerblicher Anlagen der Genehmigung des Herrn Handelsministers bedurften, von dieser Genehmigung zu befreien und sie auf Corporationen zu beschränken. Ferner soll eine Reihe von Gewerben nicht weiter von der polizeilichen Conzession abhängig sein, so z. B. die Abfassung schriftlicher Arbeiten, Vermittelung von Versicherungen und anderen Geschäften. Endlich ist in dem Conzessions-Entziehungsverfahren im abgekürzten Wege eine Aenderung eingetreten, welche sich dem Verfahren des Disziplinarhofes für nicht richterliche Beamten anschließen. Es wird sonach dem Angeschuldigten freistehen, sich persönlich zu vertheidigen; 3) hat die Regierung eine Information veranlaßt über die Frage, ob und welche Veränderungen in Beziehung auf den handwerksmäßigen Betrieb nothwendig sind. Die Regierung hat die darüber eingeforderten Berichte von Magistraten, Corporationen, Landräthen u. s. w. zusammengestellt; dieselben werden ein ausreichendes Material zur Beurtheilung der Stimmung, welche im Lande über diese Frage herrscht, bieten. Wir führen an, daß in der Mehrzahl der Berichte ein großer Werth darauf gelegt wird, daß die Innungen nicht gewaltsam abgeschafft werden.

In den weiteren Berichten ist ferner constatirt, daß das Prüfungsrecht viel zur Hebung des Handwerkerstandes beigetragen hat. Zu einer Abänderung des Bestehenden auf diesem Gebiete hat die Regierung kein Bedürfniß erkennen können, aber sie wird dem Gegenstand ihre unausgesetzte Aufmerksamkeit zuwenden, und jedenfalls werden die Berichte schon dazu dienen, die Angelegenheit von allen Seiten beleuchten zu können.

Auf den Antrag des Abgeordneten Reichenheim wird die Handelscommission, welcher diese Entwurfe überwiesen werden, um 7 Mitglieder verstärkt.

Der Hr. Justizminister v. Bernuth bringt folgende drei Gesetz-Entwürfe in Folge Allerhöchster Ermächtigung vom 13. und 14. d. M. ein: 1) einen Entwurf, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges; 2) die Abänderung des Gesetzes vom 12. März 1842 über die Zulässigkeit des Rechtsweges bei Anordnungen der Polizeiverwaltung; 3) betreffend die gerichtliche Verfolgung von Beamten wegen Amts- und Dienstvergehen. (Bravo.)

Es ist ein wichtiges Prinzip der Legislation, daß Jemandem, der in seinem Privatrecht dem Gesetz gegenüber verletzt zu sein glaubt, die Verfolgung seines Rechts gestattet sei. Eine unbegrenzte Durchführung dieses Prinzips würde nicht überall mit dem öffentlichen Wohl vereinbar sein; die Regierung hat dennoch geglaubt, die jetzt bestehenden Beschränkungen theils aufheben, theils auf das richtige Maß zurückführen zu müssen.

Der erste Entwurf will 1) allen Staatsbeamten in Bezug auf die privatrechtliche Seite ihres Amts, z. B. Gehalt, den Rechtsweg gestatten; 2) in Betreff der öffentlichen Abgaben, der Stempelsteuer, der Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben, soll der Rechtsweg, wo dies bisher noch nicht der Fall war, offen stehen.

Der zweite Entwurf geht dahin, daß das Gesetz vom 12. März 1842 in Polizeisachen, durch welches der Rechtsweg wesentlich beschränkt wird, abgeändert wird, der § 6 dieses Gesetzes soll aufgehoben werden, wie dies bereits ein Antrag des Abgeordneten v. Ammon beabsichtigt hatte.

Was den dritten Entwurf betrifft, so ist die Regierung der Ansicht, daß das Gesetz vom 13. Februar 1854, die Verfolgung von Beamten, den Anforderungen nicht entsprochen hat. Im Hinblick auf Art. 9[?] der Verfassung ist es nicht statthaft, das Gesetz aufzuheben. Der Entwurf soll den vorgesetzten Behörden den Standpunkt wahren, daß sie im allseitigen Interesse Gelegenheit bekommen, ihre Ansicht durch alle Stadien der gerichtlichen Verfolgung zur Geltung zu bringen.

Auf Antrag des Hrn. v. Vincke wird, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Vorlagen, eine besondere Commission von 14 Mitgliedern gewählt.

Die Gesetzentwürfe, betreffend das Einzugs- und Einkaufsgeld in Westphalen und der Rheinprovinz, werden angenommen.

Das Haus geht zur Debatte über Petitionen über. Ueber die Petition des Hauptmann v. Wedell, die Rentenablösungen betreffend, geht das Haus zur Tagesordnung über. Die übrigen Petionen werden ohne Debatte erledigt. Der Bericht enthält u. A. die Petition des Dr. Neumann, die Homöopathie, den thierischen Magnetimus u. s. w. betreffend.

Herr v. Rosenberg-Lipinski hält der öffentlichen Meinung eine Lobrede und bedauert, daß sich der Cultusminister nicht auf seinem Platze befindet, vielleicht, fügt der Redner hinzu, vertritt ihn der Minister des Innern. (Große Heiterkeit, die sich noch steigert, als der Graf Schwerin wirklich das Wort nimmt, um die Abwesenheit des Ministers damit zu erklären, daß er nicht geglaubt hat, die Petition könne nach den in der Commission von den Regierungs-Commissarien abgegebenen Erklärungen noch Anlaß zu Debatten geben. Das Haus geht über die Petition zur Tagesordnung. Der zweite Bericht der Justiz-Commission über Petitionen, giebt zu sonderlichen Debatten nicht Veranlassung. Die letzte Nummer der Tagesordnung ist der erste Bericht der Commission für Handel und Gewerbe über Petitionen. Zu der ersten wegen des Postdienstes an Sonn- und Festtagen beantragt Herr Osterrath den Uebergang zur Tagesordnung.

Der Regierungs-Commissar Herr Philippsborn vertheidigt die in den Jahren 1852 und 1853 getroffene Maßregel. Die Einschränkungen des Postdienstes an Sonn- und Festtagen sind von den Regierungen und Handelskammern gebilligt worden. Die Verkehrsverhältnisse werden keineswegs beeinträchtigt. Der große Geschäftsmann wünscht die Ruhe am Sonntag für sich und seine Arbeiter. In England findet am Sonntag keine Geldauszahlung statt, die Postbureaux sind nur zwei Stunden geöffnet, es erfolgt nur eine Briefbestellung, im Londoner Postbezirk finden am Sonntag Briefsammlungen nicht statt. Mit den Anträgen der Commission stimmt die Regierung nicht überein.

Herr von Blankenburg spricht sich ebenfalls für die Tagesordnung aus.

Herr Behrend (Danzig) hebt hervor, daß der Gebrauch in England volksthümlich geworden, während bei uns dies nicht der Fall ist.

Herr Reichensperger (Cöln) tritt den Ausführungen des Reg.-Commissarius bei. Die Exemplification mit England ist ganz gut zutreffend. Die Tagesordnung wird angenommen. Die übrigen Petitionen werden nach den Anträgen der Commission erledigt. Nächste Sitzung: Montag.

Im Laufe der Sitzung sind folgende Anträge eingegangen:

1) Antrag des Abgeordneten Senff und Genossen, das Haus wolle beschließen: „Die Regierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Niederschlagung der Untersuchungen ermöglicht wird, welche nach Nr. 1. des Amnestie-Erlasses vom 12. Jan. 1861 wegen Vergehen und Verbrechen bereits eingeleitet sind." (Geht an die Justizcommission.)

2) Antrag der Herrn Ambronn und Genossen: „Einen Gesetzentwurf zu genehmigen, betreffend die Ausdehnung der Gemeintheilungs-Commission."

Deutschland.

* Berlin, 15. März. S. M. der König, welcher in Folge einer leichten Erkältung einen Tag lang das Zimmer gehütet, ist heute wieder ausgefahren.

* Die Militär-Commission im Abgeordnetenhause hat die Berathung des Etats über die frühere Stärke der Armee beendet und wird demnächst an die Berathung des Theils des Etats, welcher die Verstärkung der Armee betrifft, gehen. Sie hat auch einstimmig den Antrag angenommen, daß die Regierung, wenn irgend möglich noch in dieser Session, sonst aber bestimmt in der nächsten, ein neues Militär-Pensionsreglement dem Landtage vorlegen möge.

* Man spricht in Kopenhagen in der nächsten Umgebung des Königs von einem vertraulichen Handschreiben des Großherzogs von Oldenburg, in welchem die Forderung gestellt ist, die altberechtigte Verbindung der Herzogthümer Schleswig-Holstein wiederherzustellen, deren staatsrechtliches Verhältniß zu einander ebenso wie ihre Personalverbindung mit dem Königreiche Dänemark durch das Warschauer Protokoll und den Londoner Traktat durchaus in keiner Weise alterirt worden sei, wenigstens nicht habe alterirt werden sollen. Die Antwort auf dieses Schreiben, das sehr unangenehm berührt hat, soll am Schlusse der jetzigen Ständeversammlung des Herzogthums Holstein erfolgen.

* In Folge der letzten Bundesinspection haben sich die thüringischen Regierungen beeilt, die für nöthig erachteten Verbesserungen in ihrem Heerwesen auszuführen.

— Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hatte bekanntlich eine Deputation niedergesetzt, welche die in der Eichhoff'schen Broschüre angegebenen Beschwerden gegen die hiesige Polizei-Verwaltung einer Prüfung unterziehen sollte, da die bereits bekannte Antwort des Herrn Ministers des Innern nur einige der Beschwerdepunkte beantwortet, mehrere Punkte jedoch nicht berührt hatte. Herr Benoit erstattete über die Deputations-Verhandlungen Bericht an die Versammlung. Die Deputation hält die Auskunft des Polizei-Präsidenten v. Zedlitz über den Gebrauch der Pferde durch den Polizei-Oberst Patzke für ungenügend; sie hält für nothwendig, festzustellen, in wie weit der Oberst Patzke vor dem Amtsantritt des Herrn v. Zedlitz die von ihm zu haltenden Dienstpferde wirklich gehalten habe; sie hält ferner für nothwendig, festzustellen, von wem Herr v. Zedlitz die beiden Pferde von der Schutzmannschaft eingetauscht habe, und welchen Werth seine, wie die eingetauschten Pferde gehabt hätten. In Betreff der Bekleidungsgegenstände beantragt die Commission die Niedersetzung einer gemischten Deputation, zumal sich in den Händen des Magistrats in dieser Beziehung wichtige Thatsachen befinden sollen, einen gleichen Antrag stellt die Deputation in Betreff des letzten Punktes wegen Verwendung von Schutzleuten zu persönlichen Diensten bei ihren Vorgesetzten. Der Referent bittet den Commissions-Antrag ohne Diskussion zu genehmigen. Der Magistrats-Commissar Stadtrath Duncker erklärt, daß es keineswegs die Absicht des Magistrats gewesen, die Angelegenheit mit dem Schreiben des Minister des Innern als erledigt zu betrachten. Der Magistrat beabsichtige vielmehr das Rescript in Verbindung mit der schwebenden Untersuchung zu bringen. Wenn er eine Vermuthung aussprechen sollte, so würde der Magistrat eine Berathung der ganzen Angelegenheit durch eine gemischte Deputation wünschen. Herr Seidel befürwortete den Antrag des Magistrats-Commissarius, der demnächst von der Versammlung genehmigt wurde.

Rußland und Polen.

Warschau, 13. März. (Schl. Z.) Die gestrigen Gerüchte über die Antwort aus Petersburg auf die Adresse des Landes fanden heute ihre Bestätigung, jedoch nur theilweise. Ich lasse die Thatsachen sprechen: Der Fürst-Statthalter berief heute Mittag die Mitglieder der Deputation, die ihm am 28. v. M. die Adresse überbracht hatte, nämlich den Erzbischof Fijatkowski, die Grafen

Andr. Zamoyski und Wlad. Malachowski, den Kaufmannsältesten Xav. Schleaker und den Bankier Leop. Kronenberg, auf das Schloß und theilte denselben ohne alle Einleitung in kurzen Worten mit: er sei beauftragt, den Inhalt des von Sr. Maj. dem Kaiser an ihn, den Fürsten, gerichteten Schreibens zur Kenntniß zu geben, das, in französischer Sprache abgefaßt, ungefähr folgender Maßen lautet: Der Kaiser habe eine von einer Anzahl „Individuen" unter dem Einfluß der Ereignisse an ihn gerichtete Adresse erhalten, die er eigentlich als nichtig und nicht geschehen ansehen sollte, doch wolle der Kaiser, vom Streben nach dem Glück der Millionen seiner Unterthanen geleitet und das Glück und die Zukunft Polens im Auge habend, die Sache nicht so streng auffassen. In der Sorge für die Zukunft seiner Völker sei er Willens, im Königreiche Polen Verbesserungen und Erleichterungen einzuführen, wenn die Autorität der Gesetze aufrecht erhalten werde. Hierauf folgten noch einige wohlwollende Aeußerungen. Der Fürst fügte noch seinerseits die Worte hinzu: es würde Alles gut werden, nur sollte es ruhig bleiben, — und verließ hierauf den Audienzsaal mit einer kurzen und kalten Verbeugung. Die Deputation, die auf etwas Aehnliches zwar vorbereitet war, doch weder die Fassung und Einkleidung der Mittheilung, noch den Ton, in welchem dieselbe geschah, begreifen konnte, war einen Augenblick ganz betroffen. Da berief der Statthalter den Grafen Zamoyski und hierauf die Herren Schlenker und Kronenberg in sein Privatcabinet und theilte ihnen in vertraulicher Weise mit, der Kaiser habe die besten Absichten für Polen, und der Fürst würde in der nächsten Zukunft ermächtigt werden, ein ausführliches Manifest Sr. Majestät zur allgemeinen Kenntniß zu bringen; inzwischen sei er gesonnen, Vertrauensmänner (mit Ausnahme des Beamtenstandes) zu Berathungen über die zum Wohle des Landes zu ergreifenden Maßregeln zu berufen. — Daß der der Deputation ertheilte Bescheid die aufgeregten und theilweise stark erhitzten Gemüther zu beruhigen nicht geeignet ist, scheint wohl klar zu sein. Der Graf Zamoyski sagte auch bald zum Fürsten: „Wir nehmen an, sind aber noch lange nicht quitt." Die Stellung der Bürgerdelegation wird nunmehr offenbar eine sehr verwickelte. Bis jetzt schon war es ihr nicht leicht, die Stadt in Ruhe zu erhalten; doch übte sie durch ihre moralische Kraft eine merkwürdige Autorität aus, wobei sie durch die Aussicht auf eine günstige Antwort auf die Adresse wesentlich unterstützt wurde. Von den politischen Gefangenen auf der Citadelle sind gestern zwei und heute neun in Folge der von der Delegation erhobenen Vorstellungen freigelassen worden.

Danzig, 16 März.

* Die Kgl. Direction der Ostbahn wird den Fahrpreis für die 1. Wagenklasse bei den Schnellzügen vom 1. April cr. ab von 7 Sgr. auf 6½ Sgr. ermäßigen.

* Beim Comité der „Breslerstiftung" zur Unterstützung hilfsbedürftiger Wittwen von evangelischen Elementarlehrern der Superintendentur Stadt Danzig sind bis heute 438 Thlr. 20 Sgr. eingegangen; das Comité sieht weiteren Beiträgen zu dem wohlthätigen Zwecke entgegen.

*** Es wurden in letzter Zeit verschiedene Getreideverkäufe in der Art gemacht, daß das Getreide, anstatt gemessen zu werden, vollständig nach Zollgewicht ausgewogen worden ist; Käufer sowohl als Verkäufer sind durch diese Manipulation, durch welche sie vor den Unregelmäßigkeiten des Messens, deren Ursachen wir nicht weiter erläutern wollen, geschützt werden, vollständig zufrieden gestellt und es ist anzunehmen, daß die Abnahme nach Gewicht mit Umgehung des Messens sich auf die Dauer hin in Zukunft Bahn brechen wird. Die einzige Schwierigkeit liegt darin, daß die Schiffer bisher nur gebunden waren, das Getreide nach Maaß und Gewicht auszuliefern; es bedarf indeß wohl nur der einfachen Hinweisung, um die Ablader von Getreide in unserer Provinz zu veranlassen, von jetzt ab den Schiffer in den Connoissementes zu verpflichten, die Ladung, wenn es der Empfänger verlangen sollte, nur nach Gewicht abzuliefern.

* Der Vorstand der israelitischen Kranken-Unterstützungskasse hat seinen ersten Bericht erstattet. Aus demselben ist zu ersehen, daß der Verein seine Wirksamkeit im August 1859 begann, nachdem durch wöchentliche Beiträge von 1 Sgr. seit Janunr 1853 eine Anzahl israelitischer Familienväter aus den mittlern und niedern Klassen ein Stammkapital von 500 Thlrn. gesammelt hatte. Der Verein zählt gegenwärtig 279 Mitglieder, deren Beiträge von September 1859 bis ult. Januar 1861 675 Thaler 6 Sgr. 6 Pf. betrugen. Krankengelder wurden in diesem Zeitraum von 39 Mitgliedern in 122 Wochen im Betrage von 365 Thlr. gezahlt, so daß nach Abzug der Verwaltungskosten 227 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf. in der Kasse verblieben. Den vom provisorischen Vorstand gesammelten Fonds von 607 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. hinzugerechnet, ergiebt einen effectiven Kassenbestand von 835 Thlr. 14 Sgr. Zur weiteren Ausdehnung der gemeinnützigen Wirksamkeit des Vereins wäre die allgemeine Betheiligung aller Israeliten Danzigs wünschenswerth.

* (Gerichtsverhandlungen.) Am 11. d. M. wurde gegen einen hiesigen Bäckermeister verhandelt, der durch Resolut des Herrn Provinzialsteuerdirectors wegen Defraudation von 3 Centnern Weizenmehl unter Confiskation der defraudirten Waare zu 32 Thaler Geldbuße verurtheilt war und hiergegen auf gerichtliches Gehör provozirt hatte. Er behauptete, er habe 2 Ctr. Mehl von einem hiesigen Mehlhändler gekauft und durch einen Arbeiter in seine Wohnung tragen lassen, während er demselben später nachgefolgt sei. Zu Hause angelangt, habe er zu seinem Schrecken erfahren, daß, während Steuerbeamte seine declarirten Räume revidirt, der Arbeiter das Mehl in einem nicht declarirten Raum niedergelegt habe, wo es von den Beamten entdeckt und in Beschlag genommen sei. Er habe sich sofort mit seinem Verkaufszettel aufs Hauptzollamt begeben, seine Reclamationen seien aber fruchtlos geblieben, obgleich er seine völlige Unschuld mit der größten Evidenz nachweisen könnte. Mit dieser Evidenz sah es aber sehr bedenklich aus, da der betreffende Arbeiter, der sich überdies nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befand, insofern mit dem Angeklagten in Widerspruch gerieth, als er behauptete, daß dieser bei dem Transport des Nachts gleichzeitig mit ihm seine Wohnung betreten habe, und da ferner durch Verlesung der Aussage der Mehlverkäuferin festgestellt wurde, daß jene zwei Centner Mehl etwa erst eine Stunde nach der von den Beamten abgehaltenen Revision von ihr abgeholt seien. Dagegen nahm der Gerichtshof an, daß für die Richtigkeit der Behauptungen der Anklage allerdings die größte Evidenz vorläge, da die Beamten bekundeten, daß sie einige Frauenzimmer verfolgt hätten, welche 2 Säcke mit Mehl durch die Steinschleuse eingeschmuggelt, daß ihnen diese Frauen in der Gegend der Wohnung des Angeklagten aus dem Gesicht verschwunden seien, und daß dieser Umstand sie zu der bei jenem abgehaltenen Revision veranlaßt hätte. Nach den Revisionsbüchern des Angeklagten habe kein Mehl in dessen Hause vorhanden sein dürfen, dies habe auch eine anwesende Verwandte desselben wiederholt versichert und die declarirten Räume seien in der That dem entsprechend leer gefunden. Das räthselhafte Verschwinden der beiden Frauen habe sie aber doch zu einer Durchsuchung eines andern Raumes neben der Backstube veranlaßt, und dort hätten sie unter Kiepen versteckt die beiden Säcke mit den 2 Ctrn. Mehl zu großem Entsetzen der gedachten Verwandten entdeckt, die sie auf das Flehentlichste und unter dem wiederholten Versuch, ihnen 2 Thlr. in die Westentasche zu stecken, gebeten habe, den Angeklagten nicht unglücklich zu machen. Unter diesen Umständen nahm der Gerichtshof an, daß Angeklagter sich die von dem Arbeiter gebrachten 2 Ctr. Mehl später besorgt habe, um die Defraudation zu verdecken und sprach ihn in Betreff der confiszirten 2 Ctr. Weizenmehl schuldig. Dagegen wurde nicht für erwiesen angenommen, daß er noch einen dritten Ctr. Mehl, der später bei ihm in Beschlag genommen war, ebenfalls defraudirt habe. Die Behauptung des Angeklagten, daß eines Tages in seiner Abwesenheit zwei Frauen mit dem Mehl in sein Haus gestürzt seien und seinen allein anwesenden Gesellen bewogen hätten, sie durch die Erlaubniß, das Mehl dort niederzulegen, vor den sie verfolgenden Steuerbeamten zu retten, wurde nämlich durch diesen, der wegen jener unzeitigen Ritterlichkeit bereits rechtskräftig zu 5 Thlr. 10 Sgr. Strafe verurtheilt ist, eidlich bestätigt, und wenngleich aus der schließlichen Aeußerung des Angeklagten, er habe den geretteten Schmugglerinnen die später geforderte Bezahlung des Mehls mit dem Bemerken abgeschlagen, dazu sei er bei der erfolgten Confiscation desselben nicht verpflichtet, hervorzugehen schien, daß dieselben mit einem Generalmandat versehen gewesen, in allen Nöthen das Haus des Angeklagten als eine Zufluchtsstätte für bedrängte Defraudanten anzusehen, so konnte doch nicht für erwiesen erachtet werden, daß Angeklagter von diesem Specialfall Kenntniß gehabt habe. Die erkannte Geldstrafe wurde daher auf 21 Thlr. 10 Sgr. eventuell vierzehn Tage Gefängniß ermäßigt, im Uebrigen aber verblieb es bei den Festsetzungen des Resoluts in Betreff der Confiscation der 3 Centner Mehl und der gegen Angeklagten ausgesprochenen Haftbarkeit für die seinem Gesellen auferlegte Geldstrafe. Was aber das Schlimmste war, das Resultat erhielt andrerseits eine Verschärfung, welche den durch die eingetretene Ermäßigung erlangten Vortheil von etwa 11 Thlr. hundertfach aufwog. Der Angeklagte befand sich nämlich im Rückfall und dann soll auf eine Untersagung des Gewerbebetriebes auf 3 Monate erkannt werden. Der Herr Provinzialsteuer-Director ist aber ermächtigt, aus besonderen Rücksichten von dieser strengen Bestimmung der Gesetze abzusehen, während das Gericht alle gesetzlichen Folgen der Uebertretung aussprechen muß. Es wurde daher auch auf zeitige Untersagung des Gewerbebetriebes erkannt, worauf wir besonders aufmerksam machen, damit Gewerbetreibende, welche in eine ähnliche Lage gerathen, in sorgfältigste Erwägung nehmen, ob ihnen eine Provocation auf gerichtliche Entscheidung nicht sehr gefährlich werden könne.

* Gestern Abend hatten die Turnvereine, welche das Local der Feuerwehr auf dem Stadthofe benutzen, sich zu einem gemeinsamen Schauturnen vereinigt. Von den gesammten Vereinen waren indessen nur etwa 20 Turner erschienen, welche unter der Leitung des Turnlehrers Hrn. Schubert vor einem zahlreich versammelten Publikum von Herren und Damen die verschiedenen Exercitien am Geräth vornahmen. Dieselben wurden fast durchgängig mit großer Geschicklichkeit, Kraft und Präcision, einige mit Anmuth und Eleganz ausgeführt und lockten wiederholt den lauten Beifall der Zuschauer hervor. Namentlich war dies bei den Uebungen an den Ringen, an der Leiter und am Paralleltrapez der Fall, so wie auch Herr Schubert für seine Vorstellung auf dem hohen Trapez besonderen Beifall erntete. Auch die Spring- und Voltigir-Uebungen lockten manch freudiges Bravo heraus, zumal bei den des Turnens nicht kundigen Anwesenden. — Der Saal war mit bunten Draperien und Fahnen geschmückt und glänzend erleuchtet und dauerte die Vorstellung von 7 bis 9½ Uhr. Musikalische Productionen füllten die Pause aus. Mitglieder der höheren Behörden, so wie des Turnraths waren zugegen und Hr. v. Rottenburg hielt nach dem Bürger'schen Liede über die Worte:

Dem steht ein hohes Wort wohl an,
Das Heldenwort: ich bin Mann.

eine kurze Ansprache an die Turner, lobte sie, dankte ihnen und schloß mit einem Hoch auf die Turner und ihre Lehrer die ganze Feier.

Die Feuerwehrleute hatten sich alsdann auf dem Platze in Paradeuniform aufgestellt, wurden aber alarmirt und waren in äußerst kurzer Zeit, mit Feuerkleidung angethan, bereit, den in dem Bretterhause des Klettergerüstes fingirten Brand zu löschen, wobei das Anlegen der Leitern, das Hinaufsteigen in das dritte Stockwerk, die Rettung eines Menschen in dem Rettungssack und der horizontal durch die Luft hineinschießende mächtige Wasserstrahl, der bei rother und grüner bengalischer Beleuchtung in feinem Staube über die Zuschauer hinwogte, besondere Bewunderung erregten.

* Der gestern Abend im Saale des Gewerbehauses von dem Prediger der hiesigen freireligiösen Gemeinde, Herrn Rödner, gehaltene Vortrag „über die Quäker" war zahlreich besucht. Im Eingange seines Vortrages sagte der Redner, daß Bauwerke, in denen sich der erhabene Flug menschlicher Gedanken ausgeprägt, auch in ihrem Verfall schön zu bleiben pflegen. Menschliche Einrichtungen dagegen erscheinen, wenn ihnen der Geist, der sie schuf, entflohen ist, als Carrikaturen, indem gewisse starre zufällige Formen stehen bleiben, während die eigentlich charakteristischen verschwinden. Das gelte von allen religiösen Genossenschaften, insbesondere auch von den Quäkern, deren heutiges Bild wesentlich anderer Art sei, als das in der Zeit ihrer Entstehung unter der Regierung Carls II. und Jacob II. Es wurde dann eine Darstellung ihrer Grundsätze, eine Vergleichung derselben mit denen der freien Gemeinden und Lebensskizzen von Georg Fox, ihrem Stifter, und von William Penn gegeben.

* Vorgestern Nacht wurde ein Hausbesitzer in Leegstrieß durch Geräusch geweckt, und als er sich erhob und die Thüre seines Schlafzimmers öffnete, standen ihm vier Kerle gegenüber, welche ihn mit Messerstichen bedrohten, falls er sie im Plündern seines Eigenthums stören würde. Er mußte so ruhig Zeuge sein, wie dieselben seinen Wein tranken und sein Silberzeug und andere Kostbarkeiten mit sich fortführten.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 16. März 1861. Aufgegeben 2 Uhr 51 Minuten.
Angekommen in Danzig 4 Uhr — Minuten.

		Letzt.Crs.			Letzt.Crs.
Roggen weichend,			Preuß. Rentenbr.	96½	96¼
loco	46½	47	3½% Wstpr. Pfdbr.	84¼	84¼
März	45	45½	4% Pos. Pfandbr.	—	90¼
Frühjahr	45	45⅝	Ostpr. Pfandbriefe	85¾	86¼
Spiritus. loco	20 23/24	20 23/24	Franzosen	128	128
Rüböl März	10⅚	11 1/12	Nationale	51¼	51¼
Staatsschuldscheine	87¾	87⅝	Poln. Banknoten	86½	86¾
4½% 56r. Anleihe	101¾	101½	Petersburg. Wechs.	95⅜	—
5% 59r. Pr. Anl.	106⅛	106¼	Wechselc. London	6. 19½	—

Hamburg, 15. März **Getreidemarkt**. **Weizen** loco fest jedoch ruhig, ab Auswärts stille. **Roggen** loco und ab Ostsee unverändert. **Oel** Mai 23⅞, October 24½. **Kaffee**, 4000 Sack Rio und Santos schwimmend und loco umgesetzt.

London, 15. März **Getreidemarkt**. (Schlußbericht.) Englischer Weizen zu höchsten Montagspreisen verkauft, fremder gefragt, Gerste, Bohnen, Erbsen unverändert.

Amsterdam, 15. März **Getreidemarkt**. (Schlußbericht.) **Weizen** unverändert, stille. **Roggen** ohne Kauflust, unverändert. **Raps** April 67½, October 68. **Rüböl** Mai 36⅞, Herbst 37⅞.

London, 15. März. Börse unthätig. **Consols** 92¼. 1% **Spanier** 41. **Mexikaner** 24¼. **Sardinier** 82. 5% **Russen** 101½. 4½% **Russen** 91.

Die Australische Post ist in Marseille eingetroffen.

Liverpool, 15. März. **Baumwolle**: 20,000 Ballen zu sehr vollen Preisen umgesetzt. Wochenumsatz 58,130 Ballen.

Paris, 15. März, **Schluß-Course**: 3 % Rente 68, 30. 4½ % Rente 95, 65. 3 % Spanier 47½. 1 % Spanier 41⅛. Oesterr. St.-Eisenb.-Akt. 485. Oesterr. Credit-Aktien —. Credit mobilier-Aktien 663. Lomb. Eisenbahn-Akt. —.

Producten-Märkte.

Danzig, 16. März.

np [**Wochenbericht.**] Unser Getreidemarkt gewann in der verflossenen Woche, was **Weizen** betrifft, eine größere Lebhaftigkeit und die Umsätze von ca. 1300 Lasten theils effectiver, theils Lieferungswaare sind in diesem Jahre in keiner der früheren Wochen erreicht worden. Den Hauptimpuls zu regerer Kauflust und bereitwilliger Anlegung höherer Preise gab die Marktdepesche des Londoner Montagsmarktes. Es trat in Folge derselben eine Erhöhung von fl. 20 ein, und selbst nachdem spätere Depeschen die Aufregung etwas dämpften, ließen sich weitere Geschäfte nur in dem nämlichen gesteigerten Preisverhältniß effectuiren. Im Allgemeinen ist der Stand der Preise zu hoch, um einen rentablen Absatz nach dem Auslande zu ermöglichen. — Das Wetter war vollständig winterlich, Schnee und Frost haben die jungen Wintersaaten eingehüllt, und andauernde Kälte dürfte ihr Wachsthum wesentlich gefährden.

Es ist bezahlt für 134℔ extra fein hochbunt Ernte 1857er fl. 750, 128℔ alt bunt fl. 610, 130℔ hochbunt fl. 630, 131℔ hell fl. 620, 129℔ bunt fl. 605, 127℔ hellbunt fl. 607½, 605, 126/7℔ bunt fl. 585, 580, 125/6℔ fl. 575, 124℔ roth fl. 550.

Roggen-Zufuhren fanden Absatz zu unveränderten aber festen Preisen. 129/30℔ bedang bei Partie fl. 360, 125℔ fl. 345, 120℔ fl. 333, 330, 119, 118℔ fl. 324. Alles pr. 125℔ gerechnet. Auf Lieferung sind 350 Lasten gehandelt zu fl. 335, 330 je nach dem festgestellten Minimal-Gewicht.

Erbsen in matter Stimmung bei 150 Lasten Umsatz. Feine Kochwaare fl. 354, 348, Mittelsorten fl. 330, 324.

Gerste still, ist wenig ausgeboten; große 111℔ fl. 318, 106℔ fl. 276; kleine 102℔ fl. 249.

Spiritus findet mühsam Abnehmer, selbst der gedrückte Preis von 21 Thlr. hat auf 20⅚ Thlr. nachgegeben.

Danzig, den 16. März. Bahnpreise.

Weizen frischer heller fein- u. hochbunter, mögl. gesund, 124/25/26 27—128/29/130/32℔ nach Qual. von 92½/95—96/97½—100/102½ —105/110 Sgr., ord. bunt, dunkel- und hellbunt, m. o. w. krank, 117/120—123/24 nach Qual. von 70—80/82½—85/87½—89/90 Sgr.
Roggen schwerer und leichter nach Qualität von 57½/56½—54/51 pr. 125℔
Erbsen von 49/52½—57½/60 Sgr.
Gerste kleine 97/100—102/106℔ von 36/40—42/45/46 Sgr., große 100 —104—108/110/112℔ von 40/42—46/50—52 Sgr.
Hafer von 20/23—27½/30 Sgr.
Spiritus ohne Zufuhr.

Getreide-Börse. Wetter: milde Luft. Wind: W.

Bei matter Stimmung sind heute nur 66 Lasten Weizen verkauft, und kaum ist es gelungen, dafür unveränderte Preise zu bedingen. Bezahlt ist für 118, 119/20℔ bunt fl. 495, 121℔ hellfarbig fl. 525, 125℔ dunkelbunt, aber gesund fl. 564, 125/6℔ sehr hell aber ausgewachsen fl. 564, 125℔ hell fl. 570, 128℔ hochbunt fl. 620, 129℔ hübsch hochbunt fl. 630, 131℔ hochbunt fl. 610, 128℔ alt, aber mit kranken Körnern fl. 640.

Roggen 121℔ fl. 333, 122℔ fl. 336, 123/24℔ fl. 342, 126℔ fl. 345. Alles pr. 125℔. Verkauft sind 150 Lasten, darunter 72 Lasten 122℔ effectiv zu fl. 333 pr. 81⅚℔ pr. Connoissement zu reguliren.

Weiße Erbsen fl. 310, 324, 330, 337½, 342, 348, fl. 354 nach Qualität.

Gerste sehr flau, 103℔ kleine fl. 258. 105/6℔ große fl. 282.

Wicken fl. 288, 294.

Spiritus ohne Zufuhr und Umsatz. 200 Ohm Zufuhr diese Woche.

* **Elbing**, 15. März. (Orig.-Bericht) Witterung: Gelinder Frost bei klarer Luft. In vergangener Nacht 7 Gr. Kälte. Wind: WSW.

Die Zufuhren von Getreide sind mäßig, die Preise für Weizen sind seit dem Bericht vom 12. d. M. etwas höher gegangen, heute war es indessen stiller mit dem Artikel. Die Preise für guten Roggen haben etwas angezogen. Leichter und abfallender Roggen, Gerste, weiße Erbsen und Wicken sind vernachlässigt und Preise schwach behauptet. Die übrigen Artikel ziemlich unverändert im Werthe. — Spiritus ohne Umsatz. —

Bezahlt ist für: **Weizen** hochbunt 117—122℔ 77/79—87/89 Sgr., 125/33℔ 88/90—107/110 Sgr., bunt 118—25℔ 77/79—89/92 Sgr., roth 124—30℔ 86/88—96/98 Sgr., abfallend 110—117℔ 52/55—73/75 Sgr. — **Roggen** 115—20℔ 46—50½ Sgr., 121—26℔ 51—55½ Sgr. — — **Gerste**. große 102—10℔ 42/45—50/52 Sgr., do. kleine Malz- 99—105℔ 38/39—44/45 Sgr., do. kleine Futter- 87—97℔ 31—36 Sgr. — **Hafer** 55—76℔ 16—30 Sgr. — **Erbsen** weiße Koch- 54—58 Sgr., Futter- 50—53 Sgr., graue 50—75 Sgr., grüne 70—76 Sgr. — **Bohnen** 58—62 Sgr. — **Wicken** 40—49 Sgr. —

Berlin, 15. März. Wind: SSW. Barometer: 28⅔. Thermometer: früh 3° —. Witterung: leicht bewölkt.

Weizen pr. 25 Schffl. loco 73—85 Thlr. — **Roggen** pr. 2000℔ loco 46—47½ Thlr., do. März 45½—45¾ Thlr. bez., März-April 45½—45¾ Thlr. bez., pr. Frühjahr 45½—45⅝—45¼ Thlr. bez. und Br., 45⅜ Gd., Mai-Juni 46⅛—46—46¼ Thlr. bez. und Br., 46⅛ Gd., Juni-Juli 46½—46¼ Thlr. bez. u. Br., 46⅛ Gd. — **Gerste** pr. 25 Scheffel große 41—48 Thlr. — **Hafer** loco 24—28 Thlr., pr. 1200℔ März 25 Thlr. nominell, do. März-April 25 Thlr. nominell, do. Frühjahr 24¾—25 Thlr. bez., do. Mai-Juni 25¼ Thlr. bez., do. Juni-Juli 25¼ Thlr. bez.

Spiritus pr. 8000 % loco ohne Faß 19 23/24 Thlr. bez., im Laufe der nächsten Woche zu liefern 20 Thlr. bez., März 20⅛ — 20⅓ Thlr. bez und Br., 20⅙ Gd., do März-April 20⅛—20¼ Thlr. bez. und Br., 20⅙ Gd., do. April-Mai 20⅙—20¼ Thlr. bez. und Br., 20¼ Gd., do. Mai-Juni 20⅓—20½ Thlr. bez. und Br, 20 5/12 Gd., Juni-Juli 20⅝—20¾ Thlr. bez. und Br., 20⅔ Gd., Juli-August 20⅞—21 Thlr. bez. und Br., 20 11/12 Gd., August-September 21—21¼ Thlr. bez., September-October 20 Thlr. bez.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, den 15. März. Wind: W.

Angekommen:

N. Johannsen, Iris, Mandal, Ballast.

Den 16. März. Wind: Wind: WSW.

G. F. Andreas, Friedrich Gustav, Sunderland, Kohlen.

Ankommend.

1 Schooner. 1 Ever.

Berlin, den 15 März.

	B.	G.		B.	G.
Berlin-Anh. E.A.	116	115	Staatsanl. 56	101⅓	101⅛
Berlin-Hamburg	114½	113½	do. 53	97	96½
Berlin-Potsd.-Magd.	143	142	Staatsschuldscheine	87¾	87⅛
Berlin-Stett. Pr.-O.	—	101	Staats-Pr.-Anl. 1855.	118⅜	117⅛
do. II. Ser.	89¾	88¾	Ostpreuss. Pfandbr.	86⅛	85⅞
do. III. Ser.	88¾	—	Pommersche 3½% do.	89½	89
Oberschl. Litt. A. u. C.	124½	123½	Posensche do. 4%	—	101
do. Litt. B.	112	—	do. do. neue	—	90
Oesterr.-Frz.-Stb.	128½	127½	Westpr. do. 3½%	84¼	84
Insk. b. Stgl. 5. Anl.	88½	—	do. 4%	95¼	94⅞
do. 6. Anl.	—	98⅛	Pomm. Rentenbr.	97⅝	—
Russ.-Poln.-Sch.-Ob.	80¾	79¾	Posensche do.	93	92½
Cert. Litt. A. 300 fl.	93¾	—	Preuss. do.	—	96
do. Litt. B. 200 fl.	93¾	92¾	Pr. Bank-Anth.-S.	123	122
Pfdbr. i. S.-R.	86	85	Danziger Privatbank	90	—
Part.-Obl. 500 fl.	91½	90½	Königsberger do.	—	83
Freiw. Anleihe	—	101	Posener do.	83½	82½
5% Staatsanl. v. 59.	106½	106	Disc.-Comm. Anth.	84¼	8 ¼
St.-Anl. 50/2/4/5/7/9	—	—	Ausl. Goldm. à 5 Thlr.	109⅜	—

Verantwortlicher Redacteur: Heinr. Rickert in Danzig.

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 17. März cr., Vormittags 10 Uhr, religiöse Erbauung im Saale des Gewerbehauses. Predigt Herr Prediger Röckner.

Auction mit fichtenen Bohlen, Dielen u. sonstigen Nutzhölzern.

Mittwoch, den 20. März, Vormittags um halb zehn Uhr, werden die unterzeichneten Mäkler auf dem Holzfelde am blanken Hause — dem Bahnhofe gegenüber — wegen Räumung des Feldes — durch öffentliche Auction an den Meistbietenden gegen baare Zahlung verkaufen:

Circa 300 Stück 3-zöllige fichtene Bohlen von 12 bis 40 Fuß,
" 2000 " 1½- und 1-zöllige fichtene Dielen, von 10 bis 40 Fuß,
" 500 " fichtene Sleeperdielen,
" 500 " Schilflatten,
und einige Parthien fichtene Schwellen.

[3434] **Rottenburg. Mellien.**

Auction mit künstlichem Dünger aus der Springbank-Chemical-Compagnie in Glasgow.

Sonnabend, den 23. März 1861, Vormittags 10 Uhr, werden die unterzeichneten Mäkler im Speicher „der schwarze Bär", Milchkannengasse (Eingang Judengasse), durch öffentliche Auction an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkaufen:

Circa 250 Centner künstlichen Dünger aus der Springbank-Chemical-Compagnie in kleinen Posten.

Die Analyse dieses Düngers liegt bei der Auction zur Einsicht vor.

[3435] **Rottenburg. Mellien.** Mäkler.

Täglich Veilchenbouquets

frisch und billig im Blumenladen Heilige Geistgasse No. 35.

[3493] **Julius Radike.**

Jopengasse 26.,

vis à vis dem Pfarrhofe,

Gummibänder, Hosenträger, Kniebänder, Gummigürtel, Ledergürtel, Lederpagen, Kleiderbürsten, Kopfbürsten, Taschenbürsten, Zahnbürsten, Nagelbürsten, Hutbürsten,

empfehlen billigst

J. Hoppenrath & Co.
Jopengasse 26, vis à vis dem Pfarrhofe.

Die Berliner

Militär-Effecten-Handlung
Heilige Geistgasse 16

empfiehlt ihr Lager sämmtlicher Militair-Effecten, Landwehr-Käppi, Helme, Mützen nach neuester Vorschrift, Degen, Säbel und Hirschfänger, Epaulettes, Schärpen und Portepées in verschiedenen Sorten, Gardelitzen in Seide und Baumwolle, alle Sorten Abzeichen, Tressen in jeder Art, Knöpfe bester Qualität zu den billigsten Preisen.

Eine jede Bestellung für Militär und Civil wird unter unserer persönlichen Leitung schnell und prompt ausgeführt.

F. W. Werner & Co.,
Militair-Effecten-Handlung,
Heilige Geistgasse No. 16.

Hoyer'sche Patent-Viehsalz-Lecksteine.

Die steinharten, walzenförmigen circa 6 Pfund pr Stück schweren

Hoyer'schen Patent-Viehsalz-Lecksteine

verkaufe, da die Anforderungen mich zu Beziehungen in bedeutenden Demensionen veranlassen, wodurch eine Preisermäßigung erzielte, von jetzt ab, und zwar bei Abnahme von:

100 Stück und darüber à 5½ Sgr. pr Stück.
40 " mindestens à 5¾ " " "
20 " " à 6 " " "
einzelne " " à 7 " " "

Bestellungen franco unter Beifügung des entsprechenden Betrages. Wiederverkäufern Rabatt.

Christ. Friedr. Keck.
Meltzergasse 13.

Zopfkämme in ächt Schildpatt, Büffelhorn und Gummi,
Frisenrkämme in Büffel, Gummi u. Horn,
Staubkämme in Elfenbein, Büffelhorn u. Gummi, Kinder-, Toupet- und Seitenkämme in großer Auswahl empfehlen billigst

J. Hoppenrath & Co.
Jopengasse 26, vis à vis dem Pfarrhofe.

Eine Sammlung ausgezeichneter Stereoscopenbilder

nebst Apparat wird gegen 7½ Sgr. pro Abend ausgeliehen Langgasse 43 (im Laden). [2598]

Die Großbritannische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu London
(Great Britain mutual Life Assurance Society)

empfiehlt sich zum Abschluß von Lebens-Versicherungen in den verschiedensten Modificationen.

Die Versicherungen können nach Belieben **mit oder ohne Gewinn-Antheil** geschlossen werden und haben die bisher vertheilten Dividenden durchschnittlich jährlich über 30 Procent betragen.

Ganz besonders empfehle ich die dieser Gesellschaft eigenthümlichen Tabellen II. und V., nach welchen in den ersten 5 resp. 7 Jahren **nur die halbe Prämie** zu zahlen ist, wogegen in einem Todesfalle dennoch die ganze Versicherungssumme ausgezahlt wird.

Prospecte werden jederzeit gratis verabfolgt.

Der Haupt-Agent Otto Paulsen,
Danzig, Langenmarkt No. 17.

Französische Mühlensteine

eigener **neu eingerichteter Fabrik** liefere ich in allen Größen nur in erster Qualität von den besten Stücken gebaut.

Im Besitz einer Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei bin ich im Stande, jeder Anforderung der geehrten Mühlenbesitzer prompt und billig zu genügen.

Berlin, im März 1861.

C. Spatzier,
Mechaniker und Mühlenmeister,
Holzmarktstraße No. 20/21.

[3328]

Die Deutsche Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Berlin

übernimmt Versicherungen gegen **Feuerschaden** auf Mobilien, Waaren, Vieh, Ernte-Vorräthe und überhaupt auf alle beweglichen Gegenstände, auch auf Gebäude, in den gegebenen Fällen, zu **billigen und festen Prämien** ohne Nachschußverbindlichkeit für die Versicherten und unter den coulantesten Bedingungen durch die Special-Agenten

Herren **Carl Baur** in Danzig, Hundegasse No. 33,
" **Herm. Schulz** in Danzig, Langgarten No. 31,
" **Aug. Ed. Grundt** in Gutteberberge,
" **A. Langer** in Neustadt,
" **Heinr. Nabow** in Carthaus,
" **Fr. Hoerning** in Pr. Stargardt,
" **Otto Geppelt** in Sturz,
" **Herm. Hirschberg** in Lauenburg,

sowie durch den unterzeichneten, zur sofortigen Ausfertigung der Policen ermächtigten General-Agenten

Otto Paulsen in Danzig,
Langenmarkt No. 17.

Kais. Kgl. Oesterr. fl. 100 Loose vom Jahre 1858.

Große Ziehung am 1. April 1861.
mit Gewinnen von fl. 250,000, 200,000, 50,000, 40,000, 20,000, 10,000 rc.
Niedrigster Treffer fl. 130,

sind zum billigsten Tagescourse, sowie auch nur für obige Ziehung gültig p. Stck. 3 Thlr., p. 6 Stck. Thlr. 17, p. 11 Stck. Thlr. 30, gegen franco Einsendung des Betrags oder Postnachnahme, resp. Posteinzahlung zu beziehen bei

Albert David,
Staats-Effecten-Geschäft in Frankfurt a. M.

P. S. Amtliche Listen sende sofort nach der Ziehung franco per Post. [3280]

(Eingesandt.)

Nachdem wiederum ein Jahr verflossen, während dessen wir bei unserem Unterricht in der englischen Sprache den neuen Lehrgang der englischen Sprache von A. Boltz benutzt, freut es uns aufs Neue unser schon einmal über dasselbe Buch abgegebene Urtheil, welches dahin lautete:

daß von den verschiedenen früher benutzten Lehrbüchern der englischen Sprache keines so vorzügliche Erfolge bei sämmtlichen Schülern erzielen ließ, als daß oben genannte. Sowohl die mehr als auch die weniger begabten Schüler wurden durch den Gang, welchen der Unterricht nach dem Boltz'schen Buche nimmt, fortdauernd rege erhalten, und so war es nur natürlich, daß die Fortschritte jedes Einzelnen ganz außerordentlich erfreuliche waren,

bestätigen zu können.

Wir glauben durch wiederholte Veröffentlichung unseres auf Erfahrung begründeten Urtheils unseren Herren Collegen sowie Allen, welche die englische Sprache in möglichst kurzer Zeit gründlich zu erlernen wünschen einen Dienst zu erweisen. Den minder bemittelten Eltern der Schüler wird es überdieß erwünscht sein, das Buch in zwei Abtheilungen (erster Theil à 15 Sgr, zweiter und dritter Theil zusammen für 1 Rt) anschaffen zu können, um welche Preise es in jeder Buchhandlung, in Danzig namentlich in der Buchhandlung von **Wold. Devrient Nachf. C. A. Schulz,** Langasse No. 35 zu haben ist. **Dr. Mager. Dr. Zerner.**

Den Empfang sämmtlicher von mir persönlich eingekauften Frühjahrs-Artikel

in Putz-, Manufactur- und Modewaaren, so wie eine reiche Auswahl einfacher und eleganter Damenmäntel, Tücher und Mantillen erlaube mir ergebenst anzuzeigen.

E. Fischel.

Frische feinste Tisch- u. Koch-Butter wird empfohlen Hundegasse 15.

F. Breutigam in Lübeck

empfiehlt sein Lager von **starken eichenen Hölzern**, welche sich besonders zum **Marinebau** eignen, den Herren Rhedern und Schiff-Baumeistern Danzigs bestens.

Lübeck im März 1861. [3338]

Fetten Räucherlachs empfing und empfiehlt in feinster Qualität **C. W. H. Schubert,** Hundegasse 15.

Eine große Auswahl seidene Besätze, Knöpfe und Rosetten in den neuesten Dessins empfehlen billigst.

J. Hoppenrath & Co.
Jopengasse 26.

Sehr schönen körnigen Leck-

honig erhielt und empfiehlt à Pfd. 6 Sgr., in größeren Quantitäten billiger **E. H. Nötzel.**

3. Damm No. 2. Spritzenschläuche. **3. Damm No. 2.**

Mit Kupfer genietete Lederschläuche, Gummi- und hanfne Schläuche zu Feuerspritzen u. Wasserleitungen, Leder- auch Segeltuch-Feuereimer, so wie Gummiplatten zur Verdichtung für Dampf- und Wasserrohrleitungen empfiehlt

[3311] **E. Trosiener,** 3. Damm No. 2.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiemit zur öffentlichen Kenntniß, daß Herr

Richd. Dühren

seit dem 1. dieses die Expedition der **Preuß. Paket-Beförderungs-Gesellschaft** für Danzig und Umgegend übernommen hat.

Stettin, den 9. März 1861.

Direction der Preuß. Packet-Beförderungs-Gesellschaft.

Auf Vorstehendes Bezug nehmend, erlaube ich mir, dem geehrten Publikum die Dienste der Gesellschaft bestens empfohlen zu halten und sichere meinerseits prompte und reelle Bedienung zu.

Richd. Dühren,
[3367] Brodbänkengasse 5.

Julius Loeser & Co.
Hamburg,
Commissions- u. Speditions-Geschäfte,

prompte und billige Ausführung. [2924

Langgarten No. 62, im Gasthause zum Danziger Landkreise, stehen 10 Littauer Wagen- und Reitpferde zum Verkauf; dabei 2 schöne Grauschimmel, 2 Rappen, zu Kutschpferden sich eignend, und können dieselben dort jederzeit besehen werden. [3403]

Schaf-Verkauf.

150 Mutterschafe stehen in der hiesigen Negretti-Heerde zum Verkauf. Abnahme nach der Schur. Vollkommener Gesundheitszustand wird garantirt.

Josephsdorf bei Lissewo, Kr. Culm.
[3480] **Unruh.**

1 Lehrling von auswärts mit guten Schulkenntnissen und der polnischen Sprache mächtig wird für ein Schnittgeschäft gesucht.

Otto Retzlaff. Fischmarkt.

Die Herren Besitzer mittl. u. grösser. Güter, welche z. verkaufen od. verp. geneigt s., ersuche erg., i. Folge mehrf. Auftr., u. gefl. Mittheilung d. Näh. — Auch habe ich Kapitalien in gröss. Posten g. ländl. erste Hypothek od. f. Pfandbr. zu begeben.

[3206] **T. Tesmer,** Langgasse 29.

Ein junger Mann, der in Bank- und Wechsel-Sachen die gründlichsten Kenntnisse besitzt, mit der Buchführung, der Correspondenz und dem Cassawesen vertraut ist und namentlich dem Ein- und Verkauf von Staats-Papieren und Geldsorten vorstehen kann, sucht eine seinen Fähigkeiten angemessene Stelle. Die besten Referenzen stehen ihm zur Seite. Adressen werden in der Danziger Zeitungs-Expedition unter Lit. L. R. 3495 entgegengenommen.

Ein verh. **Adm. Inspek., Brennerei u. Brauerei-Verwalter** mit g. Attest. vers. s. z. **April c.** eine geneigte Anst Näh bei **Cynthius. Schmiedeg. No. 8. 1 Trp. hoch.**

Ein unverh Wirthsch.-Inspector, der seit mehr. Jahren fast selbstst. die Wirthsch. auf einem groß. Gute Westp. gef., die Brennerei versteht. d. best. Atteste üb. s. Leist. u. Führ. aufzuw. hat, sucht Behufs Erweit. s. Kenntnisse z. Apr. d. J. e. anderw. Engag. Adr. werd. unter K. S. 3416 i. d. Exped. d. Ztg. erbeten.

Ein unverheiratheter Gärtner, der auch das Aufwarten bei einem einzelnen Herrn übernimmt, wird gesucht.

Dom. Chwarszcienko, Kreis Berent
[3432]

Ein junger Mann vom Lande findet auf einem Gute im Danziger Kreise eine Stelle als Eleve. Nähere Auskunft erhält man in der Expedition dieser Zeitung. [3234]

Ein Handlungs-Commis, der das Material- u. Eisen-Waaren-Geschäft erlernt hat und über seine bisherige Führung gute Zeugnisse besitzt, findet eine Stelle bei **R. Baecker in Mewe.**

Reflectanten auf einen Posten von **1000 bis 1500 Schfl. Kartoffeln** franco Bahnhof **Terespol** oder auch franco Bahnhof hier, mögen sich melden **Hundegasse No. 20.**

Hundegasse No. 124, Sonnenseite, ist die neu decorirte Saal-Etage, bestehend aus 3 Zimmern, Kabineten, geräumiger heller Küche, Kammern u. Böden zu Ostern r. J. zu vermiethen. Näheres im Comtoir.

Ein großes freundliches Zimmer für 2 Herren meublirt oder unmeublirt ist zu vermiethen. Auch finden noch einige Pensionaire freundliche Aufnahme. Näheres Wallplatz No. 2. 1 Treppe hoch oder 2. Damm No. 11.

Es wird ein Theilnehmer am engl. Unterricht ges. Reflektirende mögen sich melden unter Chiffre L. P. 3475.

Eingesandt.

Frau Director Dibbern wird dringend ersucht, die gefeierte Künstlerin, Fräulein Genée zu veranlassen, daß sie ihr Gastspiel verlängert, und recht bald noch einmal in dem reizenden Lustspiel „Prinz Lieschen" hier auftritt! — —

Stadt-Theater in Danzig.

Sonntag, den 17. März.
(Abonnement suspendu).
Zum Letztenmale in dieser Saison:

Orpheus in der Unterwelt.

Burleske Oper in 4 Akten von Hector Cremieux. Musik von Offenbach.

Hierauf:

Orpheus in der Oberwelt.

Vaudeville-Burleske in 1 Akt von Senftleben und Thalburg. Musik von Michaelis.

Um den vielen an mich ergangenen Aufforderungen Genüge leisten zu können, habe ich Frl. Genée bewogen noch dreimal aufzutreten.

Montag, den 18. März,
(VI. Ab. No. 9.)

Ein ungeschliffener Diamant.

Lustspiel in 1 Akt von Alexander Bergen.

Hierauf:

Prinz Lieschen.

Posse in 4 Akten von M. Heiderich.

Am Schlusse des Stückes:

Großer Maskenzug,
arrangirt von Herrn R. Genée.

Von Montag, den 18. März ab beginnen die Vorstellungen um 7 Uhr.

R. Dibbern.

Meteorologische Beobachtungen.
Observatorium der Königl. Navigationsschule zu Danzig.

März	Stunde	Barom.-Stand in Par.-Linien	Therm. im Freien n. R.	Wind und Wetter.
15	4	338,07	+1,2	N. mäßig; hell u. wolkig.
16	8	335,98	+2,5	W. schwach; bewölkt.
	12	336,43	+3,6	WNW. frisch; hell u. wolkig.

Hiezu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Beilage zu No. 859 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, den 16. März 1861.

Herrenhaus.

— Wir geben in Folgendem die in der Sitzung vom 13. März in Betreff des Grundsteuergesetzes von den Herren Graf v. Arnim-Boytzenburg, v. Patow und des Regierungs-Commissarius gehaltenen Reden im Auszuge:

Hr. Graf v. Arnim-Boytzenburg. Nach wiederholtem Auftreten der Grundsteuerfrage sei jetzt von der Staatsregierung erklärt, daß nur auf dem Boden dieser Frage die Bedürfnisse des Staats, welche die Militair-Reorganisation nothwendig mache, Befriedigung finden könnte.

Die Bedürfnisse für die Militair-Reorganisation seien auch auf anderem Wege, als den der Grundsteuer-Erhöhung, zu befriedigen, deshalb habe das Haus diese Erhöhung bisher abgelehnt. Aus loyaler Erwägung sei der jetzige Zeitpunkt als geeignet für den vorliegenden Antrag erkannt, aber nicht zur Demonstration gegen die Grundsteuer. Die Regierung werde durch diese Debatte Ansichten eines großen Theiles dieser Versammlung kennen lernen, die auch in weiterer Zukunft noch als bedeutend sich herausstellen würden. Handle es sich jetzt nur um das Prinzip einer Grundsteuer-Ausgleichung, dann würde eine Einigung wohl möglich sein, aber es handle sich um eine vollständige Grundsteuervorlage, mit Ausgleichung und Erhöhung, welche sehr Verschiedenes zulasse. Es sei sehr denkbar, daß man in Rücksicht auf wirkliche und große Bedürfnisse des Staates Opfer bringe, aber es sei abzuweisen, solche Opfer sich abdringen zu lassen durch Forderungen unter dem Druck der Krone. (Bravo rechts). Jedenfalls sei es doch fraglich, ob die Armeebedürfnisse durch das Mittel der Grundsteuer-Erhöhung oder durch den gestellten Antrag besser befriedigt werden, und daher sei eine Vergleichung nothwendig. Der Redner geht nun auf die Summen ein, die in dieser Angelegenheit zur Sprache kamen.

Ehe die vorgeschlagene Grundsteuer für die mehrerwähnten Bedürfnisse flüssig werde, rechne der Herr Finanzminister auf die Zuschläge zu einigen directen und indirecten Steuern. Bis zum Jahre 1866 verfüge die Regierung über Bedürfnisse, und es sei daher heute noch nicht erforderlich, schon für eine fernere Zeit die bedeutend finanziellen Schritte vorweg zu thun, und es empfehle sich daher gewiß, ihr ein Mittel zu bieten, von welchem sie, je nach dem Bedürfniß, schon vor 1866 oder nachher Gebrauch machen könne. Sei nun auch der Zuschlag zu mehreren Steuern bis zum 1. Januar 1862 bewilligt, so hindere ja nichts, ihn auch bis zum 1. Januar 1865 oder 1866 zu bewilligen und dadurch so lange sich Einnahmequellen zu verschaffen, bis die natürlichen Zunahmen der Staatseinnahmen sie überflüssig mache, und mit solchem Verhalten stehe der gestellte Antrag in innigster Beziehung. Wolle man nicht immer auf England verweisen, so liege Bayern und Württemberg auch näher, wo Capitalsteuern, also eine fundirte Einkommensteuer neben andern directen Steuern bestände. Es sei auch anerkannt, daß die Erhebung solcher Steuer keine große Schwierigkeiten biete, und da wir schon eine Einkommensteuer hätten, handle es sich also nur um eine Ausdehnung dieser. Wolle man auch für die Grundsteuer und Grundsteuer-Ausgleichung die Gerechtigkeit im Prinzipe zugeben, practischer und daher mehr zu empfehlen sei aber der Antrag auf fundirte Einkommensteuer. Versuche man nur, das Capital zu treffen und die Ausführbarkeit werde sich sehr bald herausstellen. Frage man den Capitalisten nicht nach dem Einkommen, sondern nach dem Capital. Wenn die Regierung selbst erkläre, daß 4/5 des Capitalvermögens der Einkommensteuer sich entziehe, dann sei dies erst recht Grund, Mittel aufzustellen, diesem Uebel entschieden abzuhelfen. Auch der kleine ländliche Grundbesitzer sei so gut in seinem Einkommen zu beurtheilen, wie der große Grundbesitzer, und eben so wenig schwierig sei es auch, das klassensteuerpflichtige wie das einkommensteuerpflichtige Einkommen zu ermitteln. Handelt es sich nun gegenwärtig nur um die Mittel für die Militairbedürfnisse, nun dann vergleiche man die Schwierigkeiten, welche eine Erweiterung der Einkommen- und eine solche der Grundsteuer mit sich führten.

Man habe den Unterschied des Einkommensteuer-Ertrages der Städte und des platten Landes hervorgehoben, aber schon die Städte unter sich lieferten sehr verschiedene Erträge, indem z. B. Berlin mit derselben Einwohnerzahl wie sämmtliche Städte der Provinz Preußen, außer Königsberg und Danzig, über 500,000 Thlr. und jene Städte nur 171,000 Thlr. Einkommensteuer brächten. So ergebe der Regierungsbezirk Cöln mit 555,000 Einwohnern 141,000 Thlr. und der Regierungsbezirk Trier mit 528,000 Einw. 480,000 Thlr. Einkommen-Steuer, und es sei daher dem betr. Regierungsbezirk die Beschwerde wegen Ueberbürdung zu überlassen. Während nun der im Antrage gemachte Vorschlag nur ein ganz bestimmtes Einkommen treffe, werde die Grundsteuer auch die ärmsten Häusler treffen. Es sei eine wichtige Frage, ob das Herrenhaus, die Landesvertretung der Regierung auf ihrem Wege zu folgen oder ihr einen geeigneteren Weg zu zeigen habe. Während die indirecten Steuern sich im Ganzen stagnirend erweisen, habe die Steuer auf Rüben und Kartoffeln erhebliche Steigerung herausgestellt, also der Ertrag des Bodens. Indirecte Steuern und Capitalien wolle die Regierung nicht mehr erhöhen, es bleibe ihr also nur die Grundsteuer auszugleichen und fort und fort zu erhöhen. Der Redner weist nun an einigen indirecten Steuern Englands nach, wie auch bei uns solche ergiebiger gestaltet werden könnten, und daß dort, auch in Bayern, Württemberg und anderen Staaten die indirecten Steuern erheblich größere Summen brächten, als die directen Steuern. Es sei daher vor Wegen zu warnen, die zu finanziellen Zuständen führen müßten, die der Redner vermeiden will zu schildern.

Um nur ein Beispiel von der Ergiebigkeit der indirecten Steuern zu geben, erinnert der Redner an Frankreich, welches von seiner Staatseinnahme von 1300 Mill. Francs allein 80 Mill. durch die Tabackssteuer beziehe. Möge nun das Schicksal des Antrags sein, welches es wolle, wir, die wir ihn gestellt und die ihn unterstützen, wir werden beweisen, daß wir uns unabhängig von der Grundsteuerfrage bewegen! (Bravo!) Es sei Allen bewußt, daß Steuerzahlen und Sterben Jedem in Aussicht stehe; also darum, Steuern zu zahlen, handle es sich nicht, sondern gerechte Steuern zu zahlen. Es sei gewiß nicht ungerecht, den Banquier und den reichen Rentier so gut zu besteuern, wie jeden Andern. (Bravo!) Man wird zugeben müssen, daß es nur gerecht sei, Grundsteuer und Kapital, direct und indirect, gleichmäßig zu besteuern. Urtheile man über die Schwierigkeiten eines Steuergesetzes nicht übereilt; Manches scheine in der Nähe minder schwierig, gestalte sich aber fort und fort schwieriger. Eine Bemerkung, die mir von Freundesseite gekommen, hat mir am wehesten gethan. Man hat gesagt — es werden der Regierung Schwierigkeiten in einem Augenblicke bereitet, wo ihr von Außen Conflicte drohen — es giebt erstlich Schwierigkeiten und Schwierigkeiten und ferner frage ich, weil Conflicte von Außen drohen, soll eine preußische Landesvertretung über unsern Antrag nicht mehr berathen dürfen? Welche Conflicte auch eintreten mögen, das stehe gewiß fest, daß, wenn es früher oder später dahin komme, daß unser Vaterland einem auswärtigen Feinde gegenüberstehe, wir alle, welcher verschiedener Ansicht wir auch in manchen Dingen sein mögen, freudig und mit allen unseren Kräften für unsern König und unser Vaterland eintreten und in dieser Einheit unter Gottes Beistand gewiß auch stark sein werden. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Der Finanzminister v. Patow. Auch ich rechne es mir zur größten Ehre, Schüler jenes großen Mannes (Maassen) zu sein, der in seinen letzten Augenblicken mir erklärte, er sterbe getrost, denn er wisse, daß er jetzt Jemanden hätte, der in seine Fußstapfen treten würde. — Ehe ich den vorliegenden Antrag erörtere, will ich den Standpunkt der Regierung darthun. Sie hat sich bei Umgestaltung der Armee keinen Augenblick das Mißliche und Schwierige der Aufgabe verhehlt. Die Regierung mußte, um diese Aufgabe durchzuführen, von den gewöhnlichen Finanzgrundsätzen abweichen. Unerläßlich wurde die Herbeiführung einer dauerhaften Mehreinnahme erachtet. — Das einzige Gebiet hierfür bot die Grundsteuer. Wer nicht die Zerrüttung der preußischen Finanzen will, wer nicht die Armee-Angelegenheit in Frage stellen will, der wird ihr die Zustimmung zu der Einnahme aus der Grundsteuer nicht versagen. Der vorliegende Antrag verfolgt einen positiven und einen negativen Vorschlag. Betreffend die natürliche Steigerung der Staatseinnahmen, so seien diese natürlich abhängig von der Zunahme des allgemeinen Wohlstandes, der wieder ein Product verschiedener Factoren sei; aber mit dem Steigen der Einnahmen steigen auch ebenso natürlich die Ausgaben. Wenn man also aufstelle, daß jene naturgemäße Steigerung der Einnahmen alle vorkommenden Staatsbedürfnisse befriedigen werde, dann sei das irrig. Wolle man die Schwierigkeit der Regulirung der Grundsteuer und ihrer Ausgleichung als erheblichen Grund gegen ihre Durchführung aufstellen, so würde jedenfalls der Fortbestand der gegenwärtigen Grundsteuerverhältnisse nicht minder ungerecht, als eine ungleiche Kapitalbesteuerung, die besonders schwieriger zu ermessen sei. Die Zustimmung zu dem Antrage sei nichts Anderes, als ein Verdict der Grundsteuervorlage und dem möchte die Regierung doch zuvorkommen. (Hört! hört!) Man betone besonders auch, daß Einnahmen aus dem Antrage sich sofort ergeben, während nach der Regierungs-Vorlage eine solche erst nach Jahren eintrete; aber es sei wiederholt erwähnt worden, daß die Dauer der Steuer und ihre gerechte Ausgleichung der Regierung maßgebender sei. Sei die Frage der gerechten Abschätzung nach Möglichkeit gelöst, dann betrachte die Staatsregierung die sonstige Ausführung der Grundsteuer-Vorlage nicht mehr als schwierig. Man bezeichne es als recht schön, wenn dieses Haus den Antrag angenommen, das andere Haus sich ebenfalls ihm angeschlossen und auch die Regierung ihm zugestimmt; aber diese Uebereinstimmung der 3 Factoren der Gesetzgebung vorauszusetzen, darin ruhe die Täuschung, ohne welche der Antrag überhaupt nicht hätte Leben gewinnen können,

Der Regierungs-Commissar. Handle es sich nur darum, eine vorübergehende Steuer zu einem bestimmten Staatszwecke aufzustellen, dann würde die Regierung nicht Anstand nehmen, auf den gestellten Antrag einzugehen, obwohl zweierlei Zuschläge zur Einkommensteuer erhebliches Bedenken gegen sich hätten. Eine nur auf kurze Zeit aufzustellende Steuer müsse übersichtlich in ihrem Ertrage, leicht durchführbar und gerecht in ihrer Vertheilung sein, was nach der Ansicht der Regierung von der Steuer nach dem Antrage nicht behauptet werden könne. Der Redner geht nun auf die Bildung der Commission ein, die zu Abschätzungen für Pflichtige zu Einkommen- und zu andern Steuern Verwendung fänden, um zu zeigen, daß, wie umsichtig und angestrengt diese auch verführen, der wirkliche Ertrag der Einkommensteuer doch weit hinter dem Möglichen zurückbliebe. Die verschiedenen Arten der Abschätzung zur Grundsteuer in den östlichen Provinzen deuten stark auf ungerechte Vertheilung dieser, und das, wie die Unsicherheit in der Abschätzung zur Einkommensteuer, empfehle also eine Regulirung dieser doppelt. Der Redner führt nun die Höhe verschiedenen Einkommens in Berlin in bestimmten Zahlen auf und knüpft daran die Erklärung, daß diese gewissenhaften Ermittelungen doch sehr viel an ihrer Richtigkeit fehlen ließen und daß in den Provinzen die Resultate der Abschätzung zur Einkommensteuer noch weit unzuverlässiger seien. Von der gesammten Einkommensteuer in England würden 50 Proz. vom Grundbesitz und 30½ Proz. von anderen Einkommen gezahlt; wollte man aber das Capital nach dem vorliegenden Antrage in Anspruch nehmen, so würde das jedenfalls die traurigsten Folgen auf den Geldmarkt und namentlich auch für die Grundbesitzer selbst haben. Sollte eine fundirte Einkommensteuer nach dem Antrage ausgeführt werden, so würde eine solche in Berlin circa 30,000 Pflichtige treffen und das lasse schon ermessen, welche Schwierigkeiten die Einführung dieser Steuer bieten würde. Von welcher Seite die Regierung auch den gestellten Antrag betrachten möge, alle Thatsachen entschieden für sie sich dahin, der fundirten Einkommensteuer ihre Zustimmung nicht geben zu können.

Deutschland.

* Berlin, 15. März. Seitens der volkswirthschaftlichen Gesellschaft zu Berlin wird folgende Petition um Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer zur Unterzeichnung vorbereitet:

An Ein Hohes Haus richten die Unterzeichneten die ehrerbietige Bitte, bei der hohen Königlichen Staatsregierung die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer befürworten zu wollen.

Gründe. I. Es liegt im Interesse des Staats wie der Staatsbürger, das Steuerwesen so viel als möglich zu vereinfachen und zu vereinheitlichen, einmal um Kosten zu sparen und so wenig wie möglich Arbeitskräfte unproductiv zu verwenden, dann um eine gleichmäßige und gerechte Besteuerung im ganzen Lande herbeizuführen.

Die Beitreibung der Mahl- und Schlachtsteuer erfordert eine große Zahl von Beamten, 12—14 Prozent der Brutto-Einnahme und noch viel mehr, wenn wir die Zinsen des Capitals in Anschlag bringen wollten, welches für Herstellung und Unterhaltung der Schutzmittel gegen Defraudation, wie Stadtmauern u. dergl. in Rechnung zu ziehen wäre, während die entsprechende Klassensteuer nur 4 Prozent der Brutto-Einnahme, viel weniger Beamten, viel weniger Schreiberei und keine Schutzmittel beanspruchen würde.

Weil ferner die Steuer auf den Verbrauch der nothwendigsten Lebensmittel gelegt ist, trifft sie fast wie eine Kopfsteuer. Der Einzelnen Leistung und ihre Steuerfähigkeit stehen durchaus nicht in dem Verhältniß, welches Artikel 101 unserer Verfassung in Betreff der Tragung der Abgaben vorschreibt. Ein einzelner Arbeiter zahlt mindestens 3—4, eine Familie 7—10 Thlr. jährlich Mahl- und Schlachtsteuer, während jener nur 15 Sgr., diese nur 2 Thlr. Klassensteuer zu geben hätte. Von einer Besteuerung nach dem Steuervermögen, wie bei der Klassensteuer, ist bei der Mahl- und Schlachtsteuer keine Rede.

II. Das Interesse des Staats wie der Staatsbürger gebietet, Einrichtungen, deren verderbliche mittelbare Folgen klar zu Tage liegen, durch solche zu ersetzen, die anerkanntermaßen mit jenen verschonen.

Der Mahl- und Schlachtsteuer, weil sie das erste Lebensbedürfniß, das Brod, trifft, kann sich Niemand, selbst der Bedrängteste nicht, entziehen. Ein Erlaß der Steuer, wie er in Unglücksfällen billigerweise in Anspruch zu nehmen, ist nicht, wie bei directer Besteuerung, möglich. Daher steigert sie die Hilflosigkeit, indem sie die Selbsthilfe abschneidet, ein Uebelstand, der bei jeder Krise unter den arbeitenden Klassen in weitem Umfange zu Tage tritt in dem Massenelend, das die Armenbudgets auszugleichen haben, aber nur sehr dürftig ausgleichen können.

Die Mahl- und Schlachtsteuer, indem sie Brod und Fleisch willkürlich vertheuert, drängt die städtische, namentlich die Arbeiter-Bevölkerung zur Kartoffelnahrung. Dieterici hat 1846 schon in seinem Werk „der Volkswohlstand im Preußischen Staat“ nachgewiesen, daß seit Einführung der Mahl- und Schlachtsteuer der Brod- und Fleischverbrauch in einigen Städten absolut abgenommen, in den andern nicht im Vergleich zur Bevölkerung und zum wachsenden Wohlstand gestiegen war. Die Folge der schlechtern Ernährung ist geringere Leistungsfähigkeit, geringere Widerstandsfähigkeit gegen schädliche Einflüsse auf die Gesundheit, mithin kürzere Lebensdauer.

Neben diese physischen Gebrechen, die die Mahl- und Schlachtsteuer hervorruft, treten die sittlichen, indem sie als ein Angriff auf die Befriedigung des ersten Lebensbedürfnisses geradezu zur Defraude herausfordert, den Staat discreditirt und seinen Beamten eine diese selbst und das Publikum gleich demoralisirende Controle zumuthet.

Aber nicht allein die Nahrung, auch Wohnung und Obdach wird von der Mahl- und Schlachtsteuer schädlich beeinflußt, ihre Kosten willkürlich erhöht. Die Schutzmauern gegen die Defraudation beschränken die Städte auf einen bestimmten Bereich; ihre natürliche Ausdehnung mit der Zunahme der Bevölkerung ist von vornweg unmöglich. Die Bewohner müssen sich auf engere, die Gesundheit benachtheiligende Räumlichkeiten beschränken und die Wohnungsmiethen steigen unabsehbar, weil das Wohnungsangebot nicht entsprechend vermehrt werden darf.

Endlich fällt gegen die Mahl- und Schlachtsteuer schwer ins Gewicht die durch sie hervorgerufene Störung des innern Verkehrs im Lande, die willkürliche Beschränkung der innern Märkte für landwirthschaftliche Producte, die Belästigung einer großen Anzahl städtischer Gewerbe: der Müller, Bäcker, Mehlhändler, der Viehhändler und Fleischergewerbe, ja auch des Mühlenbaues. Die durch die umständlichen Controlmaßregeln verursachten Gewerbebetriebs-Mehrkosten repräsentiren Summen, die den Consumenten die Steuerlast in sehr beträchtlichem Maße vergrößern, ja fast verdoppeln. —

— Die Vorlage der Kreisordnung wird in dieser Session höchst wahrscheinlich ganz unterbleiben.

Bonn, 12. März. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten hat durch Reskript vom 6. d. Mts. die Errichtung einer delegirten pharmazeutischen Examinations-Commission an der hiesigen Universität angeordnet und zugleich bestimmt, daß die zur Ausbildung der jungen Pharmazeuten zu haltenden Vorlesungen und Uebungen mit dem bevorstehenden Sommer-Semester beginnen sollen.

Kassel, 12. März. Dr. Oetker wurde gestern in der Berufungs-Instanz wegen Majestäts-Beleidigung durch einen Artikel in der „Morgen-Zeitung“ zu einer Festungsstrafe von 5 Monaten verurtheilt. Die interessante Gerichtsverhandlung währte 4 Stunden, und war ein sehr zahlreiches Publikum anwesend.

Frankreich.

Paris, 13. März. Die Discussion im gesetzgebenden Körper über den Gesammtentwurf der Adresse dauerte heute fort. Herr Keller hat heute eine neue Auflage der Rede des Herrn Kolb-Bernard gegeben, welche wiederum mit ganz unbedeutenden Abweichungen in der Form und der Argumentation den früher gehaltenen Reden seiner Parteigenossen im Senate gleicht. Mit Ausnahme der Rede des Hrn. Barthe, welche in politischer Beziehung eine selbstständige, gediegene Arbeit war, sind alle übrigen nur ein Abdruck derselben Schablone. — Gestern kam es vor dem Deputirten-Palais zu einem kleinen Auftritte. Eine Anzahl Studenten verlangte Zutritt zu der Sitzung. Als sie trotz der Mittheilung, es sei kein Platz für sie da, darauf bestanden, wurden sie von Zuaven mit aufgepflanztem Bajonnete daran gehindert. Die Sache lief ohne weiteren Unfall ab. — Der Minister des Innern, Herr v. Persigny, hat in einem sehr vertraulichen Circular und namentlich im Hinblick auf die römische Frage die Präfecten zum Bericht über die in den Departements herrschende Stimmung aufgefordert. Die große Mehrzahl der Präfecten sprach sich, im Gegensatze zu gewissen Anspielungen im Senate und im gesetzgebenden Körper, dahin aus, daß die große Masse der Nation in dieser wichtigen Frage für die Regierungspolitik gegen den Clerus Partei nehme und daß ein Abzug der französischen Truppen von Rom nur günstig für die kaiserliche Sache bei etwa vorzunehmenden neuen Deputirtenwahlen wirken könne. — General Goyon hat unbeschränkte Vollmacht erhalten, sich jeder Manifestation in Rom zu widersetzen. — Am 16. März findet zu Ehren des Geburtsfestes des kaiserlichen Prinzen ein Kinderball in den Tuilerien statt, zu dem alle Regimentskinder der Gardegrenadiere eingeladen sind.

— Aus Paris vom 12. März wird der „Times“ geschrieben: „Die von dem Marquis de Larochejaquelin im Senat gehaltene Rede ist bei Dentu in Gestalt einer Flugschrift von nicht weniger als 95 Seiten veröffentlicht worden. Sie wird in den Departements neben der des Prinzen Napoleon in Umlauf gesetzt werden. In der Abstimmungsliste ward Marschall Mac Mahon als in kaiserlichen Diensten abwesend erwähnt. Er würde höchst wahrscheinlich für das Amendement gestimmt haben und wurde vielleicht deshalb in Geschäften weggeschickt. Schon während der Rede des Prinzen Napoleon hatte er im Comité Zeichen der Opposition gegeben.“

— Die „Patrie“ erklärt es für unwahr, daß Prinz Napoleon nach Italien gehen werde. Vielleicht hat er in Folge seiner Senatsrede die Weisung erhalten, hübsch zu Hause zu bleiben und jeden Spectakel zu vermeiden.

Belgien.

Brüssel, 13. März. (K. Z.) Aus Paris erhalte ich heute sehr interessante Mittheilungen. Man ist in den Tuilerien sehr ungehalten über die Sprache der bisherigen Regierungsanhänger, und man schreibt diesen Ausfall einer Coalition der Ultramontanen mit den Schutzzöllnern zu. Die Kaiserin soll in Folge der Ausfälle gegen Napoleon III. eine ganz andere Haltung angenommen haben. „Ich war verblendet genug, an die Aufrichtigkeit der religiösen Gefühle gewisser Herren zu glauben,“ sagte sie vor einigen Tagen zu einer hochgestellten Dame, „aber nun sehe ich, daß man unter dem Mantel der Religion meinen Mann stürzen will. Ich werde den hochgeborenen Damen des Faubourg St. Germain zeigen, daß ich wirklich eine spanische Frau (une femme espagnole) bin, wie sie mich spottweise nennen. Ich werde treu zu meinem Manne stehen und ihn bei Vertheidigung seines Thrones unterstützen, ich werde an seiner Seite sein auf dem Wege der Ehre Frankreichs und der napoleonischen Familie, welcher ich angehöre.“ Diese plötzliche Gesinnungs-Aenderung erregt in den hohen Kreisen von Paris nicht geringes Aufsehen. Als Beweis für die Bemühungen des Kaisers, eine Versöhnung zwischen Pius IX. und Italien herbeiführen zu wollen, sagt man, Napoleon III. habe den Cardinal Gousset mit einer hierauf bezüglichen Mission nach Rom gesandt oder sei im Begriffe, ihn dahin zu senden. Der Diplomat, dessen Schreiben ich diese Einzelheiten entnehme, fügt hinzu: „Nicht weniger als diese Sprache der Kaiserin Eugenie überrascht mich jene des Fürsten Metternich. Dieser hebt den Kaiser in den Himmel und sagt, die Legitimisten und Orleanisten suchten die Meinung zu verbreiten, er meine es nicht aufrichtig. Er sei überzeugt, daß Napoleon III. ein ehrlicher Mann sei, und er habe uns oft genug davon überzeugt, daß er es redlich meine. Merkwürdiger, aber begreiflicher Weise spricht General Kisselew, der russische Gesandte, welcher bisher zu den Anbetern quand

même des Franzosen-Kaisers zählte, aus einem ganz anderen Tone." — Die hiesige Regierung hat einen Bericht aus Paris bekommen, worin von einem bevorstehenden Flüchtlings-Congresse in Paris unter dem Vorsitz von L. Kossuth gesprochen wird. Man hat weitere Erkundigungen eingezogen, aus denen hervorgeht, daß dieses Gerücht ein ganz grundloses war.

— Die Brüsseler Handelswelt hat augenblicklich eine betrübsame Krisis zu überstehen. Mehrere der angesehensten Häuser haben ihre Zahlungen eingestellt, und man fürchtet, noch nicht am Ende dieser Unglücksfälle angelangt zu sein.

Italien.

Turin, 11. März. (K. Z.) Man hat versucht, Ricasoli, der heute zu Gunsten einer Abänderung des Victor Emanuel II., König von Italien, in Victor Emanuel I. das Wort ergreifen will, von diesem Vorhaben abzubringen. Aber er hält standhaft bei seinem Vorsatze. Auch General Bixio wird für eine solche Aenderung auftreten wollen. Die Diplomaten der Kammer bezeigen einige Unruhe ob dieser bevorstehenden Oppositions-Campagne, aber ich glaube es wird Alles gut ablaufen. — Es fällt auf, daß die „Perseveranza" und die „Opinione", welche beide vortrefflich unterrichtete Correspondenten an der österreichischen Grenze haben, seit einiger Zeit sehr beunruhigende Gerüchte veröffentlichen.

Danzig, 16. März.

┼ **Marienwerder**, 14. März. Das Schwurgericht, das eine Woche dauerte, ist ohne bedeutendere Criminalfälle vorübergegangen. Zu bemerken wäre nur, daß die Freisprechung, die bei einer Anklage wegen Fälschung erfolgte, und zwar bei mildernden Umständen, nichts weniger als glücklich für den Angeklagten war, da die Staatsanwaltschaft sofort eine zweite Anklage wegen Unterschlagung erhob. Wahrscheinlich werden die nächsten Assisen schon in dem neuen Schwurgerichtssaale stattfinden, die Bauten auf dem Kreisgericht schreiten rüstig fort. — Unmittelbar nach seiner Verurtheilung zu 10jähriger Zuchthausstrafe vor dem Schwurgerichte wußte ein Verbrecher in Compagnie mit einem eben verhafteten Schweinediebe sich aus dem „Danziger" — in unserer Stadt heißt so das Gerichtsgefängniß — mit seltener Localkenntniß zu absentiren und spurlos zu machen. — Zum Nachtheile der Jurisprudenz scheinen große Verbrechen in unserm Departement aufzuhören, dagegen florirt der gemeine Diebstahl nach wie vor, und täglich hört man hier von nächtlichen Einbrüchen trotz aller Patrouillen. — Die medizinische Facultät hat ein wenig mehr Glück, da die Pocken immer noch etwas grassiren und das Impfen Erwachsener epidemisch geworden ist. — Was unseren Milch-Verwerthungs-Verein betrifft, so ist das erforderliche Capital von 6000 Thlr. nur zur Hälfte zusammen gekommen, und man will deshalb auf Käsefabrication resigniren und sich nur mit Fabrication von Butter begnügen, die man aus der Milch der Niederunger Wirthschaften preiswürdig herzustellen und in Berlin genügend zu verwerthen hofft.

Dienstag war die Generalversammlung des hiesigen Handwerkervereins nach dessen einjährigem Bestehen. Sie war gerade besucht genug, um beschlußfähig zu sein, und so konnte man denn den Entschluß fassen, weiter bestehen zu wollen. Nach einem Rechenschaftsbericht des Rendanten, der den günstigen Stand der Kasse constatirte, wurden die Statuten der nothwendigen Revision unterworfen und ihre theilweise unnöthigen Bestimmungen gebührend vereinfacht. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wurde auf 7 beschränkt und ihnen die Wahl des Vorsitzenden und der übrigen Beamten, mit Ausnahme des Rendanten, selbst überlassen; die Vorschrift, daß ein bestimmter Theil aus Gewerbetreibenden bestehen müsse, wurde aufgehoben. Die Wahl des Vorstandes kam schnell zu Stande, einem Comité wurde die Vorbereitung des Stiftungsfestes überlassen. Unter den Anwesenden zeigte sich lebhafter Eifer, und so sieht der Verein wieder ein wenig hoffnungsvoll in die Zukunft.

Tilsit, 12. März. (T. Z.) Für die Anwendung landwirthschaftlicher Ackerbaugeräthe und Maschinen, so wie die Einrichtung des Dampfbetriebes in Fabrikationsanstalten, als Ersatz der immer seltner werdenden menschlichen Arbeitskräfte, scheint gegenwärtig auch in dem Nachbarstaat Rußland eine umfangreiche Regsamkeit Platz zu greifen. Nicht nur daß uns der Stromverkehr des verflossenen Sommers dergleichen Maschinen neuester Construction aus den renommirtesten Fabriken Deutschlands vor Augen führte, auch in unsern Eisengießereien ist das Geschäft für diese Fabrikation außerordentlich in Anspruch genommen. Der Erbau einer größeren Mühlenanlage, einer viergängigen Dampfmühle, nebst der dazu gehörigen Dampfmaschine, das gründliche Durcharbeiten der Maschinen der russischen Dampfböte „Kiejstut" und „Nerys", die Errichtung einer Schneidemühle, welche durch eine lokomobile Dampfmaschine, der ersten hier gebauten, betrieben wird, wurden sämmtlich für russische Rechnung ausgeführt. Im Herbste vorigen Jahres wurden allein in einer Fabrik 90 Dreschmaschinen abgesetzt, wovon der größte Theil von kleinern Besitzern der umliegenden Kreise gekauft wurde. Es werden durchschnittlich 130 Arbeiter täglich beschäftigt. Die Seifen- und Lichtfabrik am hiesigen Orte arbeitet mit reger Thätigkeit. Der lebhafte Absatz des Fabrikats läßt ersehen, wie die Vorurtheile für ausländische oder in fernern größeren Städten gefertigte Waaren mehr und mehr der Ueberzeugung weichen, daß auch hier ein gutes Fabrikat geschaffen werden kann. Im Jahre 1860 sind gefertigt ca. 520,000 Pfund Seife.

Mannigfaltiges.

— Nach einer Anzeige des Directors des Observatoriums in **Marseille** hat ein Zögling dieser Anstalt, Herr **Temple**, einen neuen Planetoiden entdeckt. Er ist der 64. in der Gruppe zwischen Mars und Jupiter und hat den Namen Angelina erhalten.

— Frankreich zählt, nach genauen statistischen Aufnahmen, 8,500,000 Häuser, von denen noch immer ein Fünftel mit Stroh gedeckt sind, die übrigen mit Ziegeln, Schiefern und Zink. Die Strohdächer nehmen jedoch mit jedem Jahre ab.

— Der Londoner **Thierschutzverein** hat ein „Asyl (home, wörtlich Heimat) für verlorene und hungernde Hunde" errichtet; es liegt in Holloway. Ein enthusiastischer Hundefreund, Herr William Kidd, hielt am 5. März zum Besten dieser Anstalt eine zwei Stunden lange Vorlesung über die trefflichen Geistes- und Gemüthseigenschaften der Hunde, welcher eine fashionable Versammlung mit Andacht zuhörte.

Stettin, 20. Februar. (Ostsee-Ztg.) Von der **Preuß. Packet-Beförderungs-Gesellschaft** liegen die Resultate ihrer Thätigkeit in den ersten vier Monaten ihres Bestehens vor. Mit der Aufhebung des Postzwanges für Packete unter 20 Pfund am 1. September 1860 trat die Gesellschaft, ein Verein von Spediteuren an verschiedenen Plätzen ins Leben, um zunächst zu versuchen, ob in Concurrenz mit der Königlichen Post kleine Packete derartig befördert werden könnten, daß sowohl dem Publikum, wie auch der Gesellschaft ein Nutzen bliebe. Um den Vortheil des Publikums sicher zu stellen, erklärte die Gesellschaft von vorne herein, in allen Fällen billiger als die Post befördern zu wollen, obschon es voraussichtlich ganz unmöglich war, kleine Packete nach nahegelegenen Orten ohne Schaden so billig zu liefern wie die Post, welche bei ihrem Fahrpostdienst jährlich bedeutende Summen zusetzt. — Daß diese Concurrenz mit der Post der Gesellschaft ersprießlich gewesen ist, wollen wir eben so wenig behaupten, als daß sie nothwendig gewesen wäre. — Es giebt eine bestimmte Grenze, von wo ab die Gesellschaft auch mit Nutzen billiger befördern kann, als die Post; und diese Grenze hat das Publikum richtig herausgefunden, da auf kleine Entfernungen und bei kleinen Quantitäten die Gesellschaft keine nennenswerthe Erleichterung des Portos gewähren konnte. Die Gesellschaft hat schwere Packete und auf weitere Entfernungen zur Beförderung erhalten, als die Königliche Post; das Durchschnitts-Gewicht beträgt 14 Pfund, die Durchschnitts-Entfernung ca. 40 Meilen gegen $6^1/_2$ Pfund bei der Post (deren Durchschnitts-Entfernung pro Packet nicht bekannt ist). Die Gesellschaft berechnet für 14 Pfund auf 40 Meilen ca. $2^1/_2$ Sgr weniger als die Post; die Differenz kommt dem Publikum zu Gute und dennoch bleibt der Gesellschaft nach den der General-Versammlung vorgelegten Uebersichten ein Gewinn von ca. 30 Rthlr. für je 1000 Packete außer der Durchschnitts-Provision von 2 Sgr per Packet. Die Gesellschaft bedarf also nur eines kleinen Theils des gegenwärtigen Postverkehrs, um im Verhältniß zu ihrem Betriebs-Capital glänzende Geschäfte zu machen. Dieser Theil wird ihr nicht entgehen, zumal sie bei Sendungen, die über die preußischen Grenzen hinaus nach dem übrigen Deutschland gehen, dem Publikum sehr erhebliche Vortheile der Post gegenüber bietet. Z. B. kostet ein Packet von 12 Pfund von Stettin nach Weimar auf der Post 24 Sgr, nach der Taxe der Gesellschaft dagegen nur 14 Sgr, weil die Post vom Abgangsorte an das Vereinsporto, nämlich 2 ₰ per Pfund auf 4 Meilen, rechnet, während die Gesellschaft bis zur preußischen Grenze ihren gewöhnlichen Satz, nämlich 1 ₰ per Pfund auf 5 Meilen (excl. Provision), beibehält. Diesen Satz würde die Gesellschaft, der etwaigen Concurrenz wegen, selbst dann nicht erhöhen können, wenn das Packetporto auch für Preußen auf das Vereinsporto erhoben wird. — Wie das bei einem so weit ausgedehnten Betriebe des ganz neuen Unternehmens nicht anders sein kann, so haben sich mancherlei Mängel herausgestellt, zu deren Abhilfe die Mittel aufgefunden werden mußten. Dies mag wohl der Grund sein, weshalb die Gesellschaft bis jetzt nicht mehr an die Oeffentlichkeit getreten ist. In der Ende vorigen Monats abgehaltenen Generalversammlung ist die Erweiterung ihrer Mitgliederzahl und die Vergrößerung ihres Betriebsfonds beschlossen, auch soll der Expeditionsmodus hier und da verändert werden; und so steht binnen Kurzem eine vergrößerte und auf die bereits gesammelten Erfahrungen gestützte Thätigkeit der Gesellschaft zu erwarten.

Verantwortlicher Redacteur: Heinr. Rickert in Danzig.

Bekanntmachung.

Die Krautung der Mottlau im städtischen Loose von der Steinschleuse in Danzig bis zu dem sogenannten Deichgeschwornen Loose bei den Vorfluthschleusen in Quadendorf, soll für das Jahr 1861 in Entreprise ausgethan werden.

Zu diesem Behuf haben wir einen Licitations-Termin auf

Sonnabend den 6. April c.

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtsecretair v. **Radomski** anberaumt, zu welchem Unternehmungslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Bedingungen sowohl im Termin vorgelegt werden, als auch vorher in unserm I. Bureau eingesehen werden können.

Danzig, den 2. März 1861.

Der Magistrat.

Das den Stellmacher August Böhnig'schen Eheleuten zugehörige zu Graudenz auf der Marienwerder Vorstadt sub No. 475 belegene Grundstück, bestehend aus einem massiven Wohngebäude mit Erker, einem Hintergebäude mit 3 Holzställen, einem hinter dem Hauptgebäude gelegenen Hof, einem Garten und einem hinter letzterem gelegenen Stück Ackerland, abgeschätzt auf 5995 Thlr. 10 Sgr., zufolge der nebst Hypothekenschein in unserer Registratur einzusehenden Taxe, soll in termino

am 1. Juli 1861,

Vormittags 11 Uhr,

in nothwendiger Subhastation an hiesiger Gerichtsstelle verkauft werden.

Gläubiger, welche in irgend einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigund suchen, haben sich bei dem unterzeichneten Gerichte mit ihrem Anspruche zu melden.

Die ihrem Aufenthalte nach unbekannte Realgläubigerin, unverehelichte Mathilde Franciska Rohde in Leibnick wird zu dem obigen Termin hierdurch öffentlich vorgeladen.

Graudenz, den 26. November 1860.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. [1868]

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht zu Danzig.

Den 10. Januar 1861.

Das dem Gutsbesitzer Johann Franz Reimann gehörige Grundstück Hochstrieß No. 10 des Hypothekenbuchs, abgeschätzt auf 10,302 Thlr. 20 Sgr., zufolge der nebst Hypothekenschein im Büreau V. einzusehenden Taxe, soll

am 19. Juli 1861,

Vormittags 11½ Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypotheken-Buche nicht ersichtlichen Real-Forderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden.

Markt für edle Zuchtthiere.

Während der Tage des hier abzuhaltenden Pferdemarktes und zwar

am 27., 28. und 29. Mai c.,

wird — nach Beschluß der landwirthschaftlichen Centralstelle — ein

Markt für edle Zuchtthiere

(Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine ꝛc.)

eingerichtet werden.

Es wird für **verdeckte** Räumlichkeiten Sorge getragen, und für die Dauer des Marktes das Standgeld nach folgenden Sätzen erhoben werden:

1) pro Pferd 2 Thlr., Kastenstand (so daß darin Stute und Füllen Platz haben) 3 Thlr.
2) pro Kuh, Stärke 1 Thlr., Stier über zwei Jahr 2 Thlr.
3) pro 8 □Fuß Schafstallung 1 Thlr., (es werden die Bestellungen zu je 40 □Fuß erbeten).
4) pro Schwein (welches nicht mehr saugt) 1 Thlr.

Mit diesem Markt wird gleichzeitig eine

Prämiirung der edelsten Zuchtthiere

verbunden sein, und ist zu solchem Zwecke eine Prüfungs-Commission für jede Thiergattung ernannt worden.

Die Besitzer, welche **Anspruch auf Prämiirung** machen, werden ersucht, die betreffenden Thiere schon am **Sonntag, den 26. Mai c., Abends**, auf den Marktplatz zu stellen.

Um eine unparteiische Prämiirung zu ermöglichen, müssen Schafe, mit dem Ortsbrande oder Namen des Züchters versehen, von derselben ausgeschlossen bleiben.

Für nicht verkaufte Thiere wird zur Erleichterung des Absatzes

am 3. Markttage Vormittags eine Auction

veranstaltet werden.

Futter wird in einem Depot auf dem Marktplatze käuflich zu haben sein.

Um das Einbringen der Rinder, Schafe und Schweine in die Stadt zu erleichtern, wird mit der Königl. Steuerbehörde ein Uebereinkommen stattfinden, nach welchem **für jedes zum Markte kommende Stück** an den Thoren ein **einzelner** Schein ausgefertigt wird, der beim Rücktransport wieder abzugeben ist.

Anmeldungen zum Markte unter der Adresse: „Ostpreußische landwirthschaftliche Centralstelle in Königsberg" werden

bis spätestens zum 1. Mai c.

erbeten.

Königsberg, den 19. Januar 1861.

Die Commission des Marktes für edle Zuchtthiere.

[2623]

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.